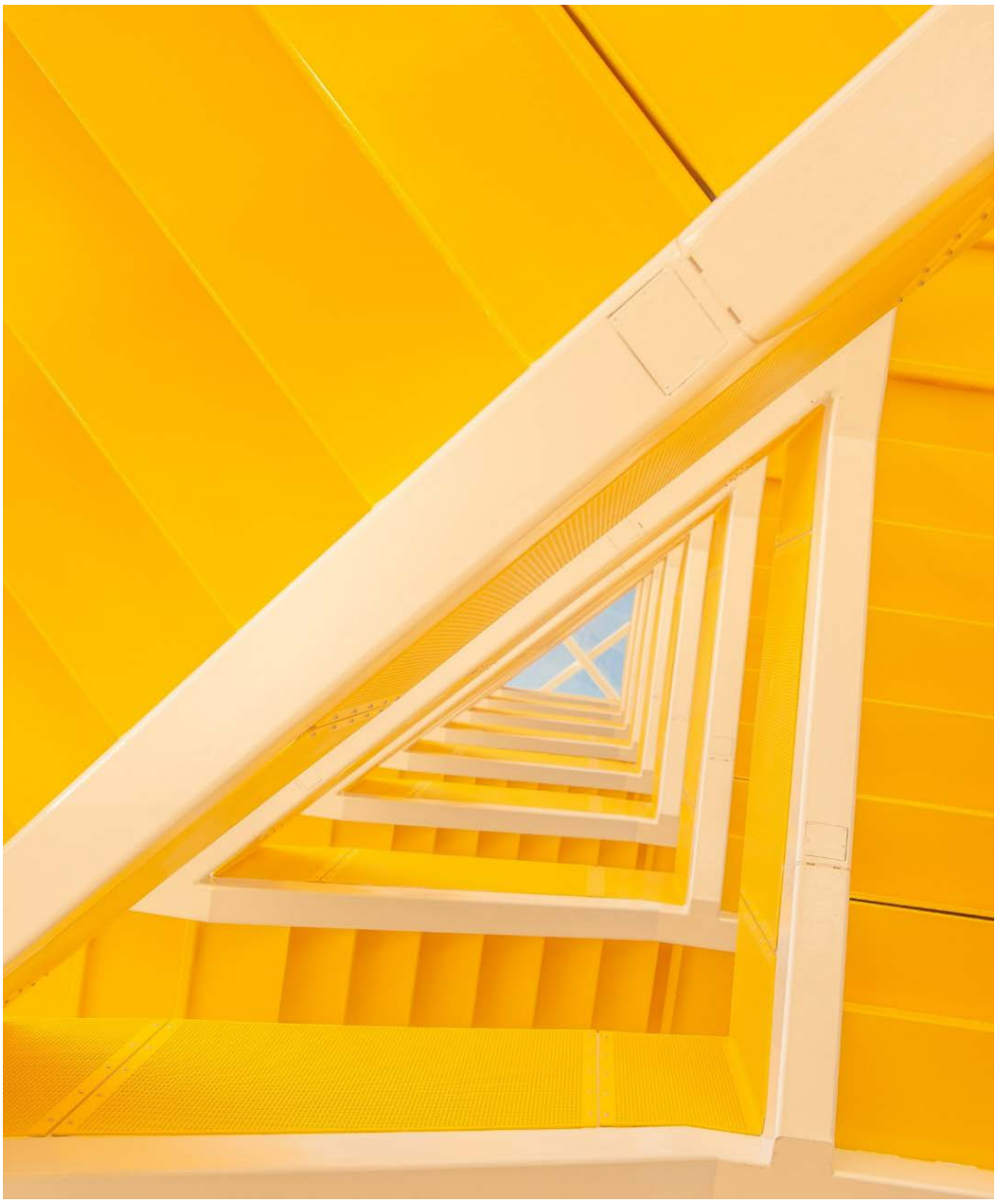
WALDPOLITIK BLICKWINKEL NO.2/2021

HOLZPOLITIK IN EUROPA

Holzrelevante Politik, institutioneller Rahmen und Akteurslandschaft auf EU-Ebene



UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR, EUROPÄISCHES FORSTINSTITUT, WIEN

Inhalt

Abkürzungen 2

Kurzfassung 3

1. Einleitung 4

2. Zur bisherigen Entwicklung wald- und holzrelevanter Politikbereiche auf EU-Ebene 5

3. Der Politikrahmen auf internationaler und pan-europäischer Ebene 7

Internationale waldbezogene Politik 7

Andere internationale Mechanismen, Instrumente, und Organisationen 7

Pan-Europäische Waldpolitik 9

4. Politikprozesse und Politikinstrumente der Europäischen Union 11

EU-Waldpolitik 11

EU-Waldpolitik - institutioneller Rahmen 11

Waldrelevante EU-Strategien und Politikinstrumente 13

Relevante Politikinstrumente aus Sicht der holzverarbeitenden Industrie 14

Instrumente der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung 14

Produkterelevante Politikinstrumente 15

Politikinstrumente des Umweltschutzes 15

Politikinstrumente zur Beschäftigung/Arbeitssicherheit 16

Transportrelevante Regelungen 16

Handels- und Wettbewerbsrecht 17

Klima- und Energiepolitikinstrumente 17

Unterschiedliche Sichtweisen der Forst- und Holzwirtschaft und der Europäischen Kommission 19

Neue Potentiale und holzbasierte Wertschöpfungsketten in der Bioökonomie 20

5. Holz im Bauwesen 21

Der institutionelle Rahmen für das Bauwesen auf EU-Ebene 21

Industrielles Normenwesen 22

Freiwillige Zertifizierungssysteme 23

6. Relevante Institutionen in der EU und Interessenvertretungen 25

Institutionen der Europäischen Union 25

Industrielle Interessenvertretungen 26

Technologieplattformen und sektorübergreifende Kooperation 28

7. Wie EU Entscheidungsfindungsprozesse verfolgt und mitgestaltet werden können 29

Gesetzgebungsverfahren 29

Überblick über Themenstellungen und Wahl des Zeitpunktes 31

Koordination: national, international und mit Interessengruppen 32

Zielpublikum 33

8. Bibliographie 35

9. Annex 41

9.1. Wald- und holzrelevante Ausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen der EU 41

9.2. Liste der Interessengruppen Forschungsrelevante Organisationen und andere 44

Abkürzungen

CAP	Common Agricultural Policy
CBD	United Nations Convention on Biological Diversity
CEN	European Committee for Standardization
CSD	United Nations Commission on Sustainable Development
EAFRD	European agricultural fund for rural development
EAGF	European agricultural guarantee fund
ECE	United Nations Economic Commission for Europe
ECOSOC	United Nations Economic and Social Council
EOTA	European Organisation for Technical Assessment
EU	Europäische Union
EUTR	EU Timber Regulation
FLEGT	Forest Law Enforcement, Governance and Trade
FSC	Forest Stewardship Council
GHG	Greenhouse gas
IAF	International Arrangement on Forests
IFF	Intergovernmental Forum on Forests
IPF	Intergovernmental Panel on Forests
IPF	Intergovernmental Panel on Forests
ITTA	International Tropical Timber Agreement
ITTC	International Tropical Timber Council
ITTO	International Tropical Timber Organization
IUCN	International Union for the Conservation of Nature
LULUCF	Land Use, Land Use Change, and Forestry
NGO	Non-governmental organisations
PEFC	Program for the Endorsement of Forest Certification
REDD+	Reducing emissions from deforestation and forest degradation
SDG	Sustainable Development Goal
SFC	Standing Forestry Committee
SFM	Sustainable Forest Management
TFEU	Treaty on the Functioning of the European Union
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
UNFF	United Nations Forum on Forests
VPA	Voluntary Partnership Agreement
WPF	Working Party on Forestry

Kurzfassung

Holz hat ein enormes Potential, zur Transformation der Wirtschaft in eine Bioökonomie und zur Erreichung der politischen Ziele im Kampf gegen den Klimawandel wesentlich beizutragen. Die Klimaziele sind im Rahmen des Europäischen Grünen Deals unter den wichtigsten politischen Prioritäten der Europäischen Kommission, doch erfordert die effektive Durchsetzung einer holzbasierten Zukunft das Engagement von Mitgliedsstaaten und Interessenvertretungen. Diese Studie hat das Ziel, die dafür relevanten Politikbereiche, Politikinstrumente, EU-Institutionen und Interessensvertretungen zu identifizieren und damit Wege der Mitgestaltung in EU-Entscheidungsfindungen zu beschreiben. Ein spezieller Fokus liegt dabei auf dem Bausektor.

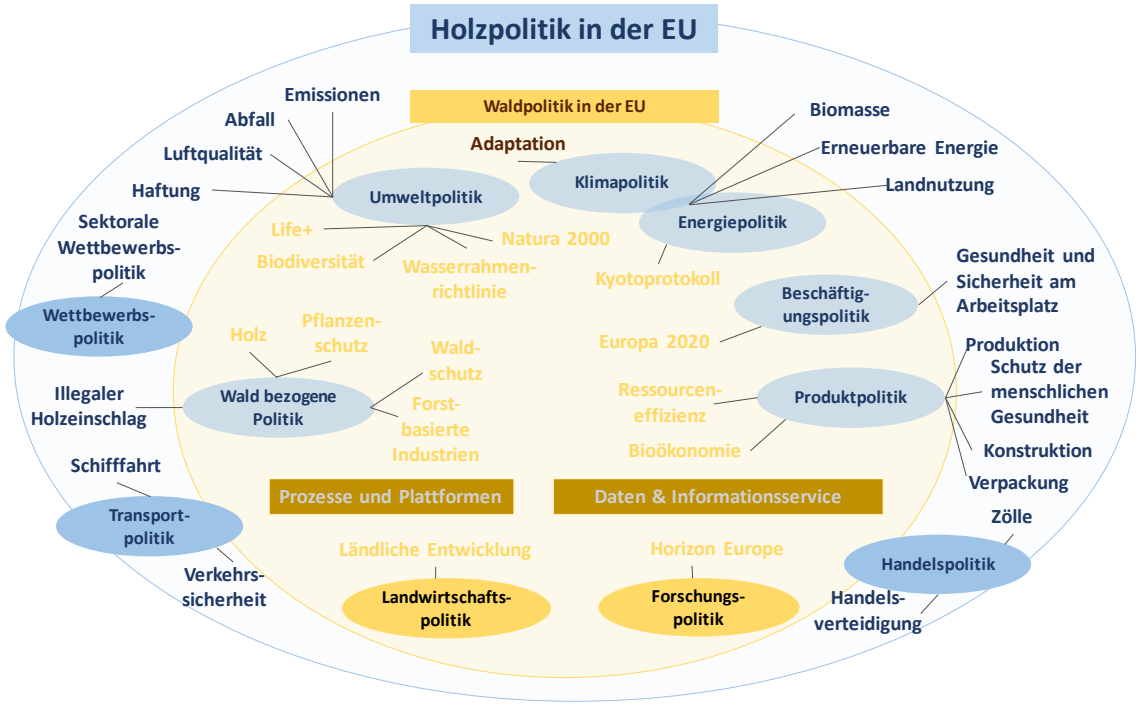


Abbildung: Wald- und Holzpolitik in der Europäischen Union

Diese notwendige Holzpolitik umfasst neben waldrelevanten Politiken zahlreiche weitere industrierelevante Politikbereiche, die von der Industrie-, Wettbewerbs- und Handelspolitik bis zur Umwelt-, Klima- und Energiepolitik reichen. Zusätzlich zu den abgebildeten industrierelevanten Politiken kommen noch weitere Instrumente für unterschiedliche holzbasierte Wertschöpfungsketten hinzu, für die wiederum Gremien eingerichtet sind, beispielsweise für den Bausektor, die Textilwirtschaft oder die Kunststoff-, Chemie- oder Pharmaindustrie.

Da sich die Mitwirkungsmöglichkeiten für die 27 Mitgliedsstaaten und Interessenvertretungen auf zahlreiche Politikfelder erstrecken, ist eine gute Koordination zwischen den Verwaltungsbereichen auf Mitgliedsstaatenebene und mit Interessenvertretungen wesentlich. Wenn wir speziell den Bausektor betrachten, kommt die Notwendigkeit hinzu, die Interessen des Holzbaus im Normenwesen zu vertreten. Derzeit sind die zentralen klimapolitischen Vorteile des Baustoffes Holzes in den Normen zur Nachhaltigkeits- und Kohlenstoffbewertung im Bauwesen nur sehr beschränkt abgebildet.

1. Einleitung

Im Kampf gegen den Klimawandel kommt dem Wald und dem umweltfreundlichen Rohstoff Holz eine ganz neue Bedeutung zu. Der Wald kann als Kohlenstoffsenke zur Bindung von Kohlenstoff aus der Luft fungieren und Holz kann klimaschädliche Rohstoffe und fossile Energieträger ersetzen. Als erneuerbarer Rohstoff ist Holz fast gänzlich klimaneutral und bildet damit ein wichtiges Element in einer zu schaffenden Bioökonomie (Rock and Bolte, 2011, Rüter, 2011, Schwarzbauer et al., 2015). Im Sinne der Kreislaufwirtschaft sollte das Holz dabei möglichst in einer kaskadischen Abfolge und möglichst lange genutzt werden, was insbesondere im Bausektor der Fall ist (Ludvig et al., 2021).

Die Rolle des Waldes und der Holznutzung ist dabei nicht unumstritten, zumal die Holzproduktion mit anderen wichtigen, waldbezogenen Zielen zu einem gewissen Maß in Konkurrenz steht, etwa dem Schutz der Biodiversität und anderen Ökosystemleistungen. Zum Beitrag der Holznutzung zur Kohlenstoffbindung gibt es auch verschiedene Ansichten, doch wird oft übersehen, dass das verwendete Holz andere klimaschädliche Materialien ersetzt. Durch diese Substitution wird fossile Energie eingespart und zusätzlich speichert das Holz Kohlenstoff über die Nutzungsdauer hinweg, womit sofort ein (doppelter) positiver Effekt zur Verlangsamung des Klimawandels entsteht (Braun et al., 2016, BFW, 2015). Eine der holzbasierten Wertschöpfungsketten mit besonderem klimawirksamem Potential ist der Bausektor, der für besonders hohen Rohstoffverbrauch, Klimabelastung und Abfallmengen verantwortlich ist. Holz hat in Österreich lange Tradition im Bausektor und hat in den letzten Jahrzehnten sehr an Attraktivität gewonnen. Insbesondere im mehrgeschossigen Bau und im Stadtbereich sind allerdings noch große Potentiale vorhanden.

Unter dem Kurztitel „Holzpolitik- Europa“ ist das Ziel der Studie, die holzrelevanten Politikbereiche, den institutionellen Rahmen und die entsprechende AkteurInnenlandschaft auf EU-Ebene zu skizzieren. Die Studie legt einen Schwerpunkt auf die Politik der Europäischen Union (EU), da viele relevante und richtungsweisende Rechtsmaterien bzw. Politikstrategien bereits auf EU-Ebene formuliert und dann in Österreich umgesetzt werden und für eine österreichische Holzpolitik relevant sind.

Die Zahl der relevanten Politikbereiche ist beträchtlich, ohne dass es eine formal rechtliche Zuständigkeit der EU-Ebene für die Waldwirtschaft selbst gibt. Zur Agrar- und Naturschutzpolitik, die beispielsweise direkt für den Wald und dessen Waldbewirtschaftung relevant sind, kommen noch zahlreiche wirtschaftsrelevante Regulierungsbereiche und spezifische Regelungen für die verschiedenen holzbasierten Wertschöpfungsketten hinzu. Der Bausektor wird dabei speziell herausgestellt. Dieser Bericht skizziert aber auch den internationalen und pan-europäischen waldbezogenen Politik-Rahmen und gibt einen kurzen Überblick über die AkteurInnenlandschaft und die relevanten wirtschaftlichen Interessensvertretungen.

Im letzten Teil des Berichtes werden Optionen für eine mögliche Beteiligung an den relevanten Politikprozessen für eine verstärkte Nutzung von Holz als Teil einer Bioökonomie skizziert.

2. Zur bisherigen Entwicklung wald- und holzrelevanter Politikbereiche auf EU-Ebene

Obwohl es in der Europäischen Union keine formelle Zuständigkeit für das Forstwesen gibt, entstanden seit den 1960er-Jahren verschiedenste relevante legislative Instrumente, vor allem im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung als auch des Naturschutzes, um nur einige wenige zu nennen (Lazdinis et al., 2019, Pülzl et al., 2018, Pülzl et al., 2013, Wolfslehner et al., 2020). Zum Zweck der Koordinierung forstlich relevanter Materien wurden allerdings erst in den späten 1990er bzw. 2000er Jahren zwei aufeinanderfolgende **EU-Forst- bzw. Waldstrategien** von der Europäischen Kommission verabschiedet. (EC, 1998, EC, 2013). Zur Umsetzung jener wurden Aktionspläne erstellt und durchgeführt. Die Umsetzungserfolge der Forststrategie bzw. der Waldstrategie sind gemischt (Pelli et al., 2012, Aggestam and Pülzl, 2020, Wolfslehner et al., 2019). Vor allem die Frage der Koordinierung unterschiedlicher waldrelevanter Politiken fiel bisher hinter ihr erhofftes Ziel zurück. Eine neue Waldstrategie befindet sich gerade in Ausarbeitung (Council Conclusion, 2020, Resolution, 2020) und soll noch 2021 von der Europäischen Kommission vorgelegt werden.

Mit dem **Europäischen Grünen Deal** (EC, 2019b) und der neuen **EU-Biodiversitätsstrategie** (EC, 2019b, EC, 2020a) nimmt die EU den Wald und den Forstsektor noch stärker in den Fokus. Es ist anzunehmen, dass eine neue Waldstrategie entsprechend der neuen EU Ziele hinsichtlich einer Bioökonomie und des verstärkten Bedarfs des Biodiversitätsschutzes zum einen alle Phasen der Waldbewirtschaftung abdecken wird, zum anderen aber auch Themen der Aufforstung, des Wald- und Biodiversitätsschutzes und der Waldsanierung besonders ansprechen wird. Als weitere Schwerpunktthemen sind die folgenden zu erwarten: Erhöhung der Kohlenstoffsenke in Wäldern, Klimaanpassung und Klimaneutralität, Reduktion von Waldfeuern, Kreislaufwirtschaft, ländliche Entwicklung und Förderung der gesellschaftlichen Wirkungen des Waldes (Aggestam and Giurca, 2021).

Eine sehr große Anzahl von anderen Rechtsmaterien, darunter zahlreiche Richtlinien und Verordnungen als auch Politikstrategien betreffen den Forstsektor und dürften zunehmend relevant werden (vgl. Wolfslehner et al. 2020, Aggestam und Pülzl 2018). Im Folgenden wird eine kleine Auswahl präsentiert:

- Die **Bioökonomie-Strategie** mit dem dazugehörigen Aktionsplan zielt auf die Transformation der europäischen Wirtschaft in eine nachhaltige Bioökonomie nach dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft und auf Basis erneuerbarer Rohstoffe (EC, 2018d, EC, 2018a). Ein neuer Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft ist ein zentraler Teil des Grünen Deals (EC, 2020c). In diesem Kontext kommt der holzverarbeitende Industrie eine zentrale Bedeutung zu.
- Die **LULUCF-Verordnung** regelt die Berücksichtigung von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in Bezug auf die Emissionsreduktionsziele in der Klima- und Energiepolitik der EU für 2030. Sie wird derzeit überarbeitet (Regulation, 2018/841, Commission Delegated Regulation, 2021/268, Decision, 529/2013/EU).
- Das wichtigste Instrument zur finanziellen Unterstützung von Maßnahmen im Wald im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist der **Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER),** derzeit durch die Übergangsverordnung für 2021-2022 geregelt, bis 2023 die neue Regelung in Kraft treten wird (Regulation, 2020/2220).
- Im Bereich des Natur- und Biodiversitätsschutzes gelten die **Biodiversitätsstrategie 2030** und die Vogelschutz- und Habitatrichtlinien, auf deren Basis das **Natura 2000-**

Netzwerk an Schutzgebieten erstellt wurde, als besonders relevant.

- Die **EU-Holzverordnung** zielt auf die Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und den damit verbundenen Holzhandel.
- Die **Richtlinie zur Nutzung erneuerbarer Energien** zielt auf einen Anteil der Erneuerbaren von 32% des Gesamtenergieverbrauchs in der EU bis 2030.
- Weiters wären das **EU LIFE-Programm** oder die Richtlinie zum forstlichen Vermehrungsgut zu nennen.

In vielen Politikbereichen (Agrarpolitik, Naturschutz, Energie, Klimapolitik, Forschungspolitik etc., Produktpolitik, Handelspolitik vgl. Aggestam und Pülzl, 2018, Rivera et al 2016) bestehen noch weitere Regulierungen, aber auch Förderprogramme und Informationsinstrumente. Koordinierungsaktivitäten finden dazu auch statt. Gerade im Rahmen des Grünen Deals wurden allerdings weitere ambitionierte Ziele gesetzt, die teilweise auch in einem **Spannungsverhältnis** zu einander stehen: So sind hier die Bekämpfung des Biodiversitätsverlustes, die Ausnutzung des Potentials der Wälder zur Kohlenstoffsenke oder die Reduktion des Kohlenstoffverbrauchs in der Industrie, etwa im Bauwesen zu nennen. Es besteht also eine lange Tradition von Regulierungen von wald– und holzrelevanten Materien in der Europäischen Union, die allerdings in einem **sehr komplexen Rahmen** unterschiedlicher Sektorperspektiven, Politikzielen und Umsetzungsinstrumenten stehen.



3. Der Politikrahmen auf internationaler und pan-europäischer Ebene

Internationale waldbezogene Politik

Es gibt eine Reihe internationaler Politikinstrumente zum Schutz der Wälder und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung auf globaler Ebene. Ausgangspunkt dieser globalen Instrumente war die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992 (Weltgipfel in Rio; United Nations Conference on Environment and Development, UNCED). Während dabei drei weltweite Konventionen beschlossen wurden, gibt es trotz der damals gestarteten Verhandlungen bis heute keine spezifische Konvention für Wälder (Humphreys, 2015, Pülzl, 2010). Die in Rio beschlossene **Klimarahmenkonvention** (United Nations Framework Convention on Climate Change UNFCCC), die **Biodiversitätskonvention** (United Nations Convention on Biological Diversity CBD), die **Waldprinzipien** (Forest Principles) und das Kapitel 11 der **Agenda 21** zur Bekämpfung der Entwaldung sind allerdings alle direkt für den Wald und die Forst- und Holzwirtschaft von Bedeutung. Daneben gibt es völkerrechtlich bindende Abkommen, die eine Relevanz für die Waldbewirtschaftung bzw. den Handel mit Waldprodukten haben. Dazu gehören das **Internationale Tropenholzabkommen** (International Tropical Timber Agreement ITTA), das **Welthandelsabkommen** (World Trade Agreement WTA) und das **Washingtoner Artenschutzabkommen** (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora CITES).[1]

Nach dem Abbruch der Verhandlungen über eine globale Waldkonvention entstanden im Rahmen der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (United Nations Commission on Sustainable Development CSD) im Jahr 1995 das Intergovernmental Panel on Forests (IPF), 1997 das Intergovernmental Forum on Forests (IFF), und 2000 das bestehende **UN-Waldforum** (United Nations Forum on Forests UNFF).[2] Letzteres ist heute das zentrale Forum[3] für internationale waldrelevante Verhandlungen, doch gibt es bis heute kein völkerrechtlich bindendes Instrument für Wälder und die Waldbewirtschaftung auf globaler Ebene. Die UN-Mitgliedstaatenvertreter haben allerdings vier globale Ziele für Wälder 2006 verabschiedet und als Teil des **internationalen Arrangements für Wälder** (International Arrangement on Forests IAF)[4] sich nach langwierigen Verhandlungen 2007 auf ein weiteres **nicht rechtlich verbindliches UN-Waldinstrument** ("*UN Non-Legally Binding Instrument on All Types of Forests*" - UN Forest Instrument) geeinigt. IM JAHR 2017 wurde der **Strategische Plan für Wälder 2020–2030** beschlossen (UN Strategic Plan for Forests UNSPF), der sechs freiwillige Waldziele und 26 dazugehörige Teilziele enthält und bis 2030 umgesetzt werden soll.

Andere internationale Mechanismen, Instrumente, und Organisationen

Zusätzlich zu den oben genannten globalen waldrelevanten Instrumenten, gibt es auch eine Reihe weiterer internationaler Mechanismen, Instrumente und Forschungsorganisationen, die es hier kurz anzuführen gilt.

[1] CITES wird mit Hilfe der Verordnung (EG) Nr. 338/97 über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels in der EU umgesetzt.

[2] Siehe https://www.un.org/esa/forests/forum/unffs/index.html.

[3] UNFF ist eine Tochtergesellschaft des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC), das durch ECOSOC Res. 2000/35 mit dem Hauptziel, die Bewirtschaftung, Erhaltung und nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern zu fördern, eingesetzt wurde.

[4].Die IAF besteht aus fünf Hauptkomponenten: dem UN-Forum für Wälder (UNFF) und seinen Mitgliedstaaten, dem UNFF-Sekretariat, der Kooperationspartnerschaft für Wälder (CPF), dem UNFF Global Forest Financing Facilitation Network (GFFFN) und dem UNFF Trust Fund.

Bonner Herausforderung *(Bonn Challenge)*

Die Bonn Challenge [5] ist eine transnationales Partnerschaftsprojekt zur Wiederherstellung oder Sanierung von Wäldern. Es wurde 2011 von der deutschen Regierung und IUCN (International Union for the Conservation of Nature) initiiert. Ziel ist es, 350 Millionen Hektar Wald bis 2030 zu sanieren. [6] Diese Initiative dient der Umsetzung verschiedener internationaler Abkommen, bspw. dem Aichi Ziel 15, dem UNFCCC REDD+ Ziel, der New Yorker Erklärung zu Wäldern zur Verhinderung von Walddegradation [7] und ähnlicher Ziele zur Vermeidung von Landdegradation wie dem "Rio+ 20 land degradation neutrality" Ziel und dem UN Nachhaltigkeitsziel 15.3 (Sustainable Development Goals, SDGs).

Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung und Walddegradation *(Reducing emissions from deforestation and forest degradation* **REDD+)**

Der REDD+ Mechanismus wurde im Rahmen von UNFCCC entwickelt, um in Entwicklungsländern finanzielle Anreize für die Vermeidung von Kohlenstoff-Emissionen durch Entwaldung und Walddegradation zu gewähren. Er ist als Teil von Artikel 5 des Paris-Abkommens [8] anerkannt und kann über Direktzahlungen oder als Emissions-Kompensationen (carbon credits) erfolgen. Das UN-REDD Programm [9] unterstützt nationale REDD+ Prozesse, auf EU-Ebene ist dafür die EU REDD Facility eingerichtet (die organisatorisch am Europäischen Forstinstitut beherbergt ist)[10].

Forest Law Enforcement, Governance and Trade (FLEGT)

Der EU-Aktionsplan „Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor" (EU Action Plan for Forest Law Enforcement, Governance and Trade (FLEGT) wurde 2003 gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten beschlossen und wird durch die EU Holzhandelsverordnung unterstützt (Timber Regulation (EC, 2003, Council Regulation, 2173/2005, Regulation, 995/2010). Dies ist zwar eine EU-Initiative, hat jedoch internationale Bedeutung für bilaterale Handelsabkommen (freiwillige Partnerschaftsabkommen, Voluntary Partnership Agreements VPAs) mit holzexportierenden Ländern. Die EU FLEGT Facility, die am Europäischen Forstinstitut beheimatet ist, [11] unterstützt die Umsetzung des EU FLEGT Aktionsplan und der VPAs.

Nachhaltigkeitszertifizierungen für den Wald

Weltweit wurden eine Reihe von Waldzertifizierungssystemen initiiert, die unabhängig von Regierungen organisiert sind. In Europa am bedeutendsten sind FSC (Forest Stewardship Council)[12] und PEFC (Program for the Endorsement of Forest Certification).[13] FSC ist eine 1993 gegründete, internationale Non-profit Organisation zur unabhängigen Zertifizierung verantwortungsvoller Waldbewirtschaftung, in der Organisationen aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Soziales vertreten sind. PEFC ist ein von der Forst- und Holzwirtschaft initiiertes Zertifizierungssystem für nachhaltige Waldbewirtschaftung.

Europäisches Forstinstitut (European Forest Institute EFI)

Das Europäische Forstinstitut wurde ursprünglich als freiwillige Vereinigung forstlicher Forschungseinrichtungen in Europa gegründet, hat heute aber den Status einer internationalen Organisation, die von den europäischen Ländern

[5] Siehe https://www.bonnchallenge.org/.
[6] Akteure aus mehr als 60 Ländern restaurieren derzeit ca. 210 Millionen ha degradiertes und abgeholztes Land.
[7] Die New Yorker Erklärung zu Wäldern (NYDF) ist eine freiwillige und unverbindliche internationale Deklaration, um Maßnahmen zur Eindämmung der globalen Entwaldung zu ergreifen (siehe https://forestdeclaration.org/).
[8] Siehe https://redd.unfccc.int/.
[9] Siehe https://www.un-redd.org/.
[10] Siehe https://www.euredd.efi.int/.
[11] Siehe https://www.euflegt.efi.int/home.
[12] Siehe https://fsc.org.
[13] Siehe https://www.pefc.org.

getragen wird und in welcher Forschungseinrichtungen außerordentliche Mitglieder sein können. Das EFI nimmt die Interessen der forstlichen Forschung und Ausbildung auf europäischer Ebene wahr und sehr stark in Wissensvermittlung und Politikberatung engagiert, insbesondere auch gegenüber der EU.

Internationales Institut für angewandte Systemanalyse (International Institute for Applied Systems Analysis IIASA)

IIASA ist ein unabhängiges, internationales Forschungsinstitut mit nationalen Mitgliedsorganisationen aus fünf Kontinenten. Es wurde 1972 zur Unterstützung der wissenschaftlichen Kooperation zwischen Ost und West gegründet und beschäftigt sich heute mit globalen Herausforderungen wie etwa dem globalen Wandel und den Ursachen und Folgen der Klimaerwärmung und damit eine starke Waldkompetenz.

Internationale Vereinigung der Forstforschungsorganisationen (International Union of Forest Research Organizations IUFRO)

IUFRO ist das größte internationale Netzwerk der forstlichen Forschung mit dem Ziel des weltweiten wissenschaftlichen Austausches und Zusammenarbeit. Neben allen ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten zu Wäldern und Bäumen sind auch die holzbasierten Wertschöpfungsketten abgebildet.

Pan-Europäische Waldpolitik

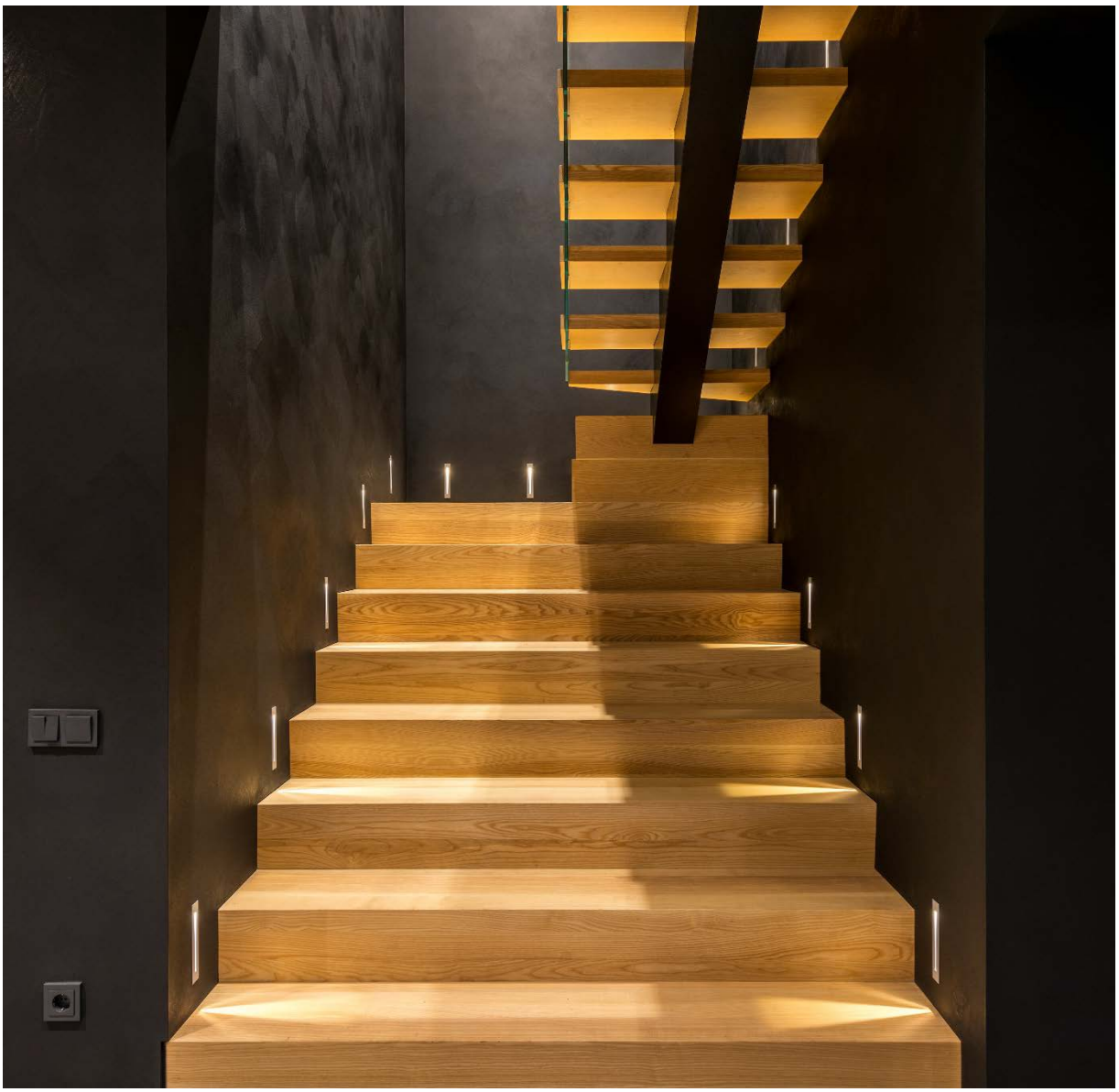
Auf Pan-Europäischer Ebene, also unabhängig von der EU, gibt es einige forstlich relevante Prozesse bzw. Plattformen:

- **Forest Europe**, die Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa (Ministerial Conference on the Protection of Forests in Europe, MCPFE),[14] ist ein freiwilliger Prozess von 46 Mitgliedsstaaten sowie der EU. Im Rahmen der etwa alle fünf Jahre stattfindenden Ministerkonferenzen wurde eine europäische Definition für nachhaltige Waldbewirtschaftung entwickelt und viele waldrelevante politische Resolutionen von MinisterInnen verabschiedet (Mayer, 2000, Pülzl and Mayer, 2015).[15] Ein umfangreiches Set an Kriterien und Indikatoren (Lier et al., 2021, Linser et al., 2018) dient als Basis für den regelmäßigen Bericht über den Zustand der Wälder in Europa (State of Europe's Forests Report). Der Versuch, im Rahmen von Forest Europe ein rechtlich bindendes Waldabkommen (legally binding agreement LBA) zu verhandeln, war zweimal nicht erfolgreich (Edwards and Kleinschmit, 2013).
- Der **Ausschuss für Wälder und Forstindustrie** (Committee on Forests and the Forest Industry COFFI) der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) und die Europäische Forstkommission (European Forestry Commission EFC) der FAO arbeiten zusammen, um den Forstsektor und seinen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung im europaweiten Kontext zu stärken und zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung beizutragen. Das derzeitige Arbeitsprogramm der gemeinsamen Sektion für Forstwirtschaft und Holz der UNECE und der FAO umfasst viele traditionelle Themen im Zusammenhang mit Forstprodukten und -dienstleistungen, wie z. B. Waldressourcen und Märkte für Forstprodukte. Es befasst sich auch mit Fragen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, SFM und den Verbindungen zwischen SFM und der grünen Wirtschaft, wie z. B. Innovationen im Forstsektor und Ökosystemdienstleistungen.
- Zur Umsetzung der Konvention für biologische Vielfalt wurde im Rahmen der **Umweltministerkonferenz** 1995 eine paneuropäische Biodiversitätsstrategie verabschiedet (Pan-European Biological and Landscape Diversity Strategy, PEBLDS).[16]

Weitere internationale Vereinbarungen sind das **Berner Übereinkommen** über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und

[14] Siehe https://foresteurope.org/
[15] Siehe https://foresteurope.org/ministerial-commitments/.
[16] Siehe https://www.cbd.int/doc/nbsap/rbsap/peblds-rbsap.pdf.

Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (Convention on the Conservation of European Wildlife and Natural Habitats), und die **Europäische Landschaftskonvention** (European Landscape Convention). Zwei relevante regionale Abkommen sind die **Alpenkonvention** (Alpine Convention) und die **Karpatenkonvention** (Carpathian Convention), in dessen Rahmen spezifische Waldprotokolle enthalten sind. Das Bergwaldprotokoll der Alpenkonvention ist beispielsweise für Österreich völkerrechtlich bindend.



4. Politikprozesse und Politikinstrumente der Europäischen Union

Die EU hat keine gemeinsame Waldpolitik im Sinne einer gemeinsamen Agrarpolitik, und Waldprodukte (mit Ausnahme von Kork und einigen Früchten) sind von bestehenden EU-Verträgen ausgeschlossen. Dies impliziert, dass die Formulierung und Umsetzung von Politiken, die sich auf die Wertschöpfungskette der Wälder auswirken, dem Subsidiaritätsprinzip (Artikel 5 Absatz 2 des EG-Vertrags) unterliegen und in die Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten fallen. Wald- und holzrelevante Fragen können auf EU-Ebene nur im Rahmen der im EU-Vertrag festgelegten Kompetenzen bearbeitet werden; so werden sie etwa im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Umweltpolitik, aber auch der Handelspolitik bearbeitet (EU-Vertrag, TFEU13). Wie bereits gezeigt wurde, wirken sich zahlreiche Politikfelder direkt auf die holzbasierten Wertschöpfungsketten aus (Aggestam and Pülzl, 2018, 2020, Aggestam and Giurca, 2021). Dieses Kapitel listet die wichtigsten Politikbereiche auf, die für die Forst- und Holzwirtschaft relevant sind und stützt sich dabei neben anderen Materialien auf bisherige Arbeiten der Autorinnen und Autoren zur EU-Politik im Bereich der Waldpolitik und der Bioökonomie (Aggestam et al., 2017, Aggestam and Pülzl, 2018, Rivera León et al., 2016).

EU-Waldpolitik

EU-Waldpolitik - institutioneller Rahmen

Es gibt eine Reihe von EU-Zuständigkeiten mit direkten Auswirkungen auf den Wald und den Forstsektor, etwa in den Bereichen Landwirtschaft, Energie oder Klimapolitik, welche forstliche Wertschöpfungsketten von der Waldbewirtschaftung (bspw. geförderte Maßnahmen im Rahmen der ländlichen Entwicklung; Biodiversitätsschutz im Rahmen von Natura 2000) über den Holzhandel bis zu erneuerbaren Energiequellen, Emissionsregelungen oder zur Energieeffizienz von Gebäuden betreffen. Bevor in der Folge die einzelnen Politikbereiche dargestellt werden, soll hier der institutionelle Rahmen der EU waldbezogenen Politik kurz skizziert werden (Lazdinis et al., 2009, Lazdinis et al., 2019, Pülzl and Dominguez, 2013).

Forstliche Angelegenheiten werden im Rahmen des Rats in der **Ratsarbeitsgruppe "Forstwirtschaft"** (Working Party on Forestry, WPF)[17] und im Rahmen der Europäischen Kommission im **Ständigen Forstausschuss** (Standing Forestry Committee, SFC)[18] behandelt:

- Die WPF ist für internationale Prozesse oder Foren (bspw. UNFF, Forest Europe, FAO Committee on Forestry COFO) und interne Angelegenheiten innerhalb der EU zuständig (z.B. rechtlich verbindliches Abkommen für Wälder in Europa, EU-Holzhandelsverordnung, FLEGT). Beispielsweise koordinieren die EU Mitgliedsstaaten und die Europäische Kommission ihre Positionen vor größeren internationalen Treffen oder Verhandlungen.
- Der SFC berät die Europäische Kommission in forstlichen Angelegenheiten, wobei es in erster Linie um die Abstimmung der Kommission mit den Mitgliedsstaaten geht. Der Ausschuss wird von der Generaldirektion Landwirtschaft (DG Agriculture) geleitet und versammelt regelmäßig VertreterInnen der Mitgliedsstaaten. Er unterstützt die Kommission bei der Vorbereitung von Rechtsvorschlägen und bei der Planung von Durchführungsmaßnahmen und fungiert als Forum zum Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten und der Kommission und zu deren fachlichen Beratung.

Eine informelle Form der Koordination findet in den **Austauschtreffen der ForstdirektorInnen**

[17] Siehe https://www.consilium.europa.eu/en/council-eu/preparatory-bodies/working-party-forestry/.

[18] Siehe https://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupDetail&groupID=3550.

der EU Mitgliedsstaaten zu Waldthemen (EU Forest Directors-General meetings) statt. Die EU-Präsidentschaften organisieren regelmäßig diese informellen Treffen der mit Waldangelegenheiten befassten ForstdirektorInnen. Ein regelmäßiger, interner, dienststellenübergreifender Informationsaustausch zu forstlichen Themen findet innerhalb der Kommission seit 2001 über eine dafür eingerichtete Abstimmungsgruppe statt, der **Inter-Service Gruppe für Forstwirtschaft** (Inter-Service Group on Forestry).

Zur Umsetzung der EU-Bioökonomiestrategie werden regelmäßig Sitzungen des European Bioeconomy Policy Forums (GD RTD) mit VertreterInnen der Mitgliedsstaaten abgehalten. Das Forum erstellt gerade einen Aktionsplan zur Mobilisierung von AkteurInnen, zur Erstellung von Positionspapieren und Empfehlungen oder zum Austausch von Best Practice Beispielen.

Zur Abstimmung mit WirtschaftsvertreterInnen mit der Europäischen Kommission sind verschiedene Ausschüsse eingerichtet worden:

- Regelmäßiger Informationsaustausch mit Interessensgruppen der Forst- und Holzwirtschaft findet im Rahmen der **zivilen Dialoggruppe für Forstwirtschaft und Kork** statt (Civil Dialogue Group on Forestry and Cork). [19] Die Hauptaufgabe besteht darin, den regelmäßigen Dialog zu allen Themen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) einschließlich ihrer Umsetzung und neuer Maßnahmen zu führen. Vertreten sind die europäischen Waldbesitz-erInnenorganisationen, die holzverarbeitende Industrie, ArbeiterInnenvertretungen, Holzhandel, KonsumentInnenvertretungen und Umweltorganisationen.
- Die in GD GROW 2014 eingerichtete **ExpertInnengruppe für forstbasierte Industrien und sektorale Themen (Expert Group on Forest-based Industries and Sectorally Related Issues**) [20] berät die Kommission in rechtlichen, fachlichen und wirtschaftlichen Fragen betreffend die holzverarbeitenden Industrien. Dazu gehören VertreterInnen der forstbasierten Industrie, einschlägiger Behörden der Mitgliedstaaten und Gruppierungen mit relevanten Informationen an.
- Für die holzverarbeitende Industrie und den Bausektor ist auch die 2011 eingerichtete **Beratungsgruppe zu Baustoffen** von Bedeutung (Advisory Group on Construction Products), [21] die insbesondere betreffend die Bauproduktenverordnung (Verordnung, 305/2011) die Kommission unterstützt einschließlich der Ausarbeitung delegierter Rechtsakte.

Weitere relevante **Ausschüsse und Gremien** [22] bestehen in Bezug auf die „Expertengruppe/Multi-Stakeholder-Plattform der Kommission zum Schutz und zur Wiederherstellung der Wälder der Welt, einschließlich der EU-Holzverordnung und der FLEGT-Verordnung“ (Commission Expert Group/Multi-Stakeholder Platform on Protecting and Restoring the World’s Forests, including the EU Timber Regulation and the FLEGT Regulation), [23] zu den Vogelschutz- und Habitatrichtlinien und Natura 2000 und zur Waldbrandproblematik (Commission Expert Group on Forest Fires). Unter der Koordinationsgruppe für Biodiversität und Natur (Coordination Group for Biodiversity and Nature) ist u.a. die Untergruppe Wälder und Natur eingerichtet (Sub-group Forests and Nature).

In der Generaldirektion für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und Klein- und Mittelbetriebe (GD GROW) wird im laufenden Jahr

[19] Siehe https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/key-policies/committees-and-advisory-councils/civil-dialogue-groups/forestry-and-cork_en.
[20] Siehe https://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupDetail&groupID=1356.
[21] Siehe https://ec.europa.eu/transparency/expert-groups-register/screen/expert-groups/consult?do=groupDetail.groupDetail&groupID=1329.
[22] Die Kommission hat ein Register eingerichtet, in dem sowohl ExpertInnengruppen der Kommission als auch ähnlicher Einrichtungen aufgeführt sind (siehe https://ec.europa.eu/transparency/regexpert/).
[23] Siehe https://ec.europa.eu/transparency/expert-groups-register/screen/expert-groups/consult?do=groupDetail.groupDetail&groupID=3282.

eine neue Expertengruppe, das **industrielle Forum** (Industrial Forum) eingerichtet.[24] Dieses Forum wurde im Rahmen der neuen EU Industriestrategie (New Industrial Strategy for Europe, (EC, 2020d) als Beratungsgremium mit allen relevanten Stakeholdern, insbesondere in Hinblick auf die digitale und grüne Transformation und die wirtschaftliche Resilienz vorgesehen. Eine umfassende Liste relevanter Gremien findet sich in Annex 9.1.

Waldrelevante EU-Strategien und Politikinstrumente

Die erste **Forststrategie** definierte bereits Ende der 1990er Jahre einige Grundsätze und Vorgehensweisen zur Koordinierung der waldrelevanten Politikbereiche der EU (EC, 1998). Die Strategie behandelt das Verständnis von nachhaltiger Waldbewirtschaftung und Themen wie Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze, Waldschutz oder die Sicherstellung der Waldökosystemleistungen nach dem Prinzip einer multifunktionellen Waldbewirtschaftung. Zum Zweck der Politikkoordinierung wurden die relevanten Prozesse oder Gremien angeführt und zu deren freiwilliger Umsetzung wurde der EU Waldaktionsplan für die Periode 2007 bis 2011 erstellt (EC, 2006, Pelli et al., 2012).

Für die aktualisierte, **zweite Waldstrategie** (EC, 2013) wurde in ähnlicher Weise ein Umsetzungsplan erstellt (Forest Multi-Annual Implementation Plan, Forest MAP) (EC, 2015, Wolfslehner et al., 2019). Dabei wurde stärker als im ersten Aktionsplan versucht, den komplexen und zersplitterten waldpolitischen Politikrahmen und die vielfach widersprüchlichen Politikziele und -aktivitäten zu berücksichtigen. Diese Themen reichten vom Prinzip der kaskadischen Nutzung des Holzes über die Nutzung der Biomasse für Energiezwecke und zur Kohlenstoffbindung bis zur Bekämpfung der globalen Entwaldung (Wolfslehner et al., 2019, EC, 2015, 2018c). Die fehlende rechtliche Verbindlichkeit, der fehlende direkte Zugriff auf Finanzierungsinstrumente der EU sind zwei der wichtigsten begrenzenden Faktoren dieser Instrumente (Aggestam and Pülzl, 2020, Pelli et al., 2012). Einige weitere Politikdokumente erscheinen für den Forstsektor relevant, so etwa verschiedene Regelungen zu Energie und erneuerbaren Energiequellen oder zum Abfallmanagement.

Derzeit befindet sich eine **dritte Waldstrategie** in Ausarbeitung, die in diesem Jahr nach Abschluss der öffentlichen Konsultation von der Europäischen Kommission präsentiert werden soll (EC, 2019b). Dies wurde sowohl vom Europäischen Parlament (Resolution, 2020) und dem Rat begrüßt (Council Conclusion, 2020).

Die Koordinationsbemühungen zur neuen Waldstrategie stehen in einem **Spannungsfeld** zwischen unterschiedlichen relevanten Regelungen und Strategien, die vor kurzem verabschiedet wurden: z.B. die neue EU *Biodiversitätsstrategie* (EC, 2020a), die *taxonomischen Bestimmungen der EU zu nachhaltigen Aktivitäten* (taxonomy for sustainable activities) (Regulation, 2020/852), die *Strategie für ein klimaneutrales Europa 2050* (2050 Climate Change Mitigation Strategy, (EC, 2018b), die *Klimawandeladaptationsstrategie* (Adaptation Strategy, (EC, 2021a), und dem Aktionsplan Kreislaufwirtschaft (Circular Economy Action Plan, (EC, 2020b). Weitere relevante Politikinstrumente werden zu diesem Zeitpunkt gerade verhandelt bzw. sind in Vorbereitung: z.B. Überarbeitung der LULUCF Verordnung, Rechtsvorschriften zur Lastenteilung zu den Emissionszielen der Mitgliedsstaaten, Überarbeitung der erneuerbaren Energierichtlinie, Novellierung zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, legislative Entschließung des Parlaments für einen EU Rechtsrahmen zur Vermeidung der von der EU verursach-

[24] Siehe https://ec.europa.eu/growth/content/industrial-strategy-commission-launches-call-experts-new-open-and-inclusive-industrial-forum_en.

ten Entwaldung; geplantes Gesetz zur Verringerung der Auswirkungen von in der EU verkauften Erzeugnissen etc.

Relevante Politikinstrumente aus Sicht der holzverarbeitenden Industrie

In den folgenden Abschnitten werden Politikinstrumente beschrieben, die von Industrievertretern als besonders wichtig angesehen werden, so etwa von der Papierindustrie (Confederation of European Paper Industries CEPI) und der holzverarbeitenden Industrie (European Woodworking Industry Confederation CEI-Bois) (Aggestam and Pülzl, 2018, Rivera León et al., 2016). Ergänzend zu den Ergebnissen der erwähnten Studien wurden neuere Politikentwicklungen berücksichtigt, etwa der Grüne Deal (European Green Deal).

Instrumente der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist der wichtigste Rahmen für Förderungen im Bereich des Forstwesens. Obwohl nur ein sehr geringer Anteil des Landwirtschaftsbudgets der EU der Forstwirtschaft gewidmet ist, sind es doch immerhin 90% der waldbezogenen Förderungen der EU. Während die erste Säule der GAP, die agrarischen Marktmaßnahmen und Direktzahlungen, für die Forstwirtschaft nicht von Bedeutung sind, beinhaltet die zweite Säule, die auf die ländliche Entwicklung zielt, verschiedene Maßnahmen für die Waldbewirtschaftung (Regulation, 1305/2013, Regulation, 1306/2013, Regulation, 1307/2013, Regulation, 1308/2013). Die Mittel kommen aus dem **Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)** (European agricultural fund for rural development (EAFRD). Zur Zeit sind Übergangsregelungen für die Jahre 2021-2022 in Kraft (Regulation, 2020/2220). Die EU-Regelungen legen die Abwicklung der Förderungen fest und geben mögliche Förderungsmaßnahmen und den finanziellen Rahmen vor. Die Mitgliedsstaaten haben in der Umsetzung Spielräume für eigene Prioritätensetzungen. Mit den neuen Bestimmungen der GAP, die für 2023 erwartet werden, werden diese Freiheiten ausgeweitet werden.

Die forstlich relevanten Maßnahmen beinhalten eine Reihe von Förderungen für die **nachhaltige Waldbewirtschaftung**, es ist aber auch das **LEADER- bzw. CLLD-Instrument** relevant, das lokale Innovationen im ländlichen Raum unterstützt.[25] LEADER verfolgt seit der Einführung in einer Experimentierphase 1991 einen Bottom-up-Ansatz, bei dem lokale Akteure eine „lokale Aktionsgruppe“ (local action group, LAG) bilden und eine mehrjährige lokale Entwicklungsstrategie entwickeln und umsetzen. LEADER wurde Schritt für Schritt ausgeweitet und neuerdings auch in anderen Förderprogrammen angewandt. Dafür wird nun der neue Begriff „von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung“ (Community-Led Local Development, CLLD) verwendet. Obwohl gerade LEADER bzw. CLLD sektorübergreifende Projekte unterstützen kann, die gerade für neue forstliche Initiativen relevant sein können, wird das Instrument bisher vergleichsweise wenig für forstliche Themen genutzt.

Produkterelevante Politikinstrumente

Zahlreiche Bestimmungen beziehen sich auf die Produktion und Bezeichnung von Produkten und sind daher für die holzverabeitende Industrie von Relevanz:

- Für die forstlichen Wertschöpfungsketten ist die **allgemeine Produktsicherheitsrichtlinie** (General Products and Safety Directive, 2001/95/EC) relevant, weil sie auf die Konsumentensicherheit wie im Falle von Lebensmittelverpackungen abzielt.
- Für Materialien, die mit Lebensmitteln in Kontakt kommen (**Food Contact Materials)**,

[25] Siehe https://enrd.ec.europa.eu/leader-clld/leader-toolkit/leaderclld-explained_en.

gibt es detaillierte Bestimmungen (Regulation, 1935/2004), (Regulation, 2019/1381) und müssen daher auch von der holzverabeitenden Industrie eingehalten werden (z.B Papierverpackungen von Lebensmitteln).

- Außerdem gibt es das **EU-Umweltzeichen** (EU Eco-labels), für Hygienepapier, Altpapierprodukte, Zeitungspapier, bedrucktes Papier, Kopier- und Grafikpapier sowie für Mittel zur Behandlung von Holzmöbeln und Bodenbelägen (Council Regulation, 880/92).
- Für Holzprodukte kann die **EU-Chemikalienverordnung REACH** (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals, (REACH Regulation, 1907/2006) von Bedeutung sein, sowie die **Verordnung über Biozidprodukte** (Biocidal Product Regulation, (ECHA Regulation, 528/2012).

Weiters ist in der **CLP-Verordnung bzgl. Klassifikation, Bezeichnung und Verpackung** (Classification, Labelling and Packaging Regulation, (CLP Regulation, 1272/2008) die Bezeichnung von Chemikalien geregelt.

Politikinstrumente des Umweltschutzes

Die EU-Umweltpolitik befasst sich nicht nur mit Natur- und Biodiversitätsschutz. So sind für die Holzwirtschaft besonders die Bestimmungen zu Emissionen, Luftgüte, Abwasserentsorgung und Abfallverbrennung relevant:

- **Industrieemissionsrichtlinie** (Industrial Emission Directive(IED Directive, 2010/75/EU), als Nachfolge einer Reihe von spezifischen Bestimmungen:
- **Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung** (Integrated Pollution Prevention and Control Directive, (IPCC Directive, 2008/1/EC),
- **Lösungsmittelrichtlinie** (limitation of emissions of volatile organic components (VOC) from organic solvents Directive, (1999/13/EC),
- **Großfeuerungsanlagenrichtlinie** (Large Combustion Plants Directive (LCPD Directive, 2001/80/EC),
- und **Bestimmungen zur Abfallverbrennung** (Richtlinie 2000/76/EG) und zur Titandioxidherstellung.

Industrieanlagen müssen **die besten verfügbaren Techniken** (BVT, Best Available Techniques BAT) einsetzen, die in den BVT-Merkblättern der EU-Kommission veröffentlicht sind (Reference documents, BREFs).[26] BREFs wurden für die Herstellung von Zellstoff, Papier, Platten, Großfeueranlagen, Abfallverbrennung, Oberflächenbehandlung mit organischen Lösungsmitteln (einschließlich Holzschutzmittel) erstellt. Die EU plant dieses Jahr eine Aktualisierung ihrer **Industriestrategie** (Industrial Strategy), ebenfalls ein Ausdruck der zur Zeit raschen Änderung der politischen Rahmenbedingungen (EC, 2021b).

Zahlreiche Bestimmungen beziehen sich auf industrielle Emissionen:

- Zentral ist dabei die **Luftgüterahmenrichtlinie** (Air Quality Framework Directive (96/62/EC) und die und darauf aufbauende

[26] Siehe https://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/.

Bestimmungen wie etwa die **Luftgüterichtlinie** (ambient air quality and cleaner air directive, (2008/50/EC). Luftgütestandards zu bestimmten Schadstoffen und Feinstaub müssen demnach von den Mitgliedsstaaten bestimmt werden.

- Für Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Lösungsmittel und Ammoniak gilt speziell die **Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe** (Air Quality Framework Directive (96/62/EC).
- Die **Abfallrahmenrichtlinie** (Waste Framework Directive (2008/98/EC) hat erstmals die Prinzipien der Herstellerverantwortung und des Verursacherprinzips eingeführt und Recyclingziele festgelegt. Diese Verpflichtungen betreffen auch zahlreiche Holzprodukte.
- Aus der **EU Strategie für das Baugewerbe** (COM 2012 433) und der **Mitteilung zum ressourceneffizienten Einsatz im Gebäudesektor** (COM 2014 445) in Verbindung mit dem Ziel der Kreislaufwirtschaft ergeben sich Vorgaben für die getrennte Entsorgung und Wiederverwertung von Gebäudeabfällen und Baurestmassen.
- Weitere abfallbezogene Bestimmungen beziehen sich auf **Deponien** (Directive, 1999/31/EC), **Abwässerbehandlung** (Directive, 91/271/EEC) 27 und **Verpackungsmüll** (Directive, 94/62/EC).

Die **Umwelthaftungsrichtlinie** (Environmental Liability Directive (2004/35/EC) folgt ebenfalls dem Verursacherprinzip, um Umweltschäden an geschützten Arten und natürlichen Habitaten, Wasser oder Boden vorzubeugen oder auszugleichen. Für den Import von Holz bestehen **phytosanitäre Bestimmungen**, die etwa auch für Paletten oder Verpackungen aus Holz gelten (geltende Norm ISPM 15).[28] Dabei sind die Bestimmungen des Herstellerlandes und des Ziellandes zu beachten.

Politikinstrumente zur Beschäftigung/Arbeitssicherheit

Auf EU-Ebene sind einige Minimumstandards bezüglich Beschäftigung definiert, die sich auf Arbeitszeiten und Sicherheit am Arbeitsplatz beziehen:

- Die **Arbeitszeitrichtlinie** regelt z.B. Wochenarbeitszeiten und Ruhepausen (Working Time Directive, 2003/88/EC).
- Bestimmungen zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sind in einer **Europäischen Rahmenrichtlinie zum Arbeitsschutz** bzw. in Richtlinien bzgl. der Aussetzung von ArbeiterInnen gegenüber karzinogenen oder mutogenen Stoffen (Directive, 89/391/EEC, Directive, 2004/37/EC, Directive, 98/24/EC) festgelegt.

Weitere Regelungen zu Risiken von Chemikalien, Lärm, Vibrationen oder schweren Lasten am Arbeitsplatz finden sich in verschiedenen Rechtsmaterialien wie z.B. in der oben erwähnten CLP-Verordnung.

Transportrelevante Regelungen

Bestimmungen zu Transport betreffen maximale Lasten oder Maße im Straßentransport, es sind aber auch einige Bestimmungen aus der Klima- und Energiepolitik relevant:

- **Richtlinien und Verordnungen zur Straßensicherheit** beinhalten Bestimmungen zu maximalen Abmessungen und Gewichten im Straßentransport, Typisierung von Transportgütern, Geschwindigkeitsbegrenzungen und Abgasbestimmungen (Directive, 2015/719, Directive, 2002/7/EC, Regulation, 661/2009, Commission Regulation, 1230/2012).

Weitere **Sicherheits- und Emissionsbestimmungen** beziehen sich auf Abfalltransporte, insbesondere auf gefährliche Abfälle (Regulation, 1013/2006) (Regulation, 660/2014), Schwefel- und Kohlendioxidemissionen auf Land- und Seetransporten (Directive, 2012/33/EU, Directive, 2016/802), (Regulation, 2015/757), und die Re-

[27] Eine öffentliche Konsultation zur Revision der Urban Waste Water Treatment Directive wird gerade durchgeführt.

[28] Siehe http://www.fao.org/3/mb160e/mb160e.pdf.

duktion von Kohlenstoffemissionen im Transport (Treibstoffrichtlinie, Fuel Quality Directive (Directive, 2009/30/EC).

Handels- und Wettbewerbsrecht

Die EU hat Handelsschutzmaßnahmen erlassen, die sich gegen unfaire Handelspraktiken bei Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Staaten richten und im Einklang mit der Welthandelsorganisation stehen.

- Dazu gehören sogenannte **Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen** (Regulation, 1225/2009, Regulation, 597/2009). Diese sind relevant, da die europäische Holzwirtschaft wettbewerbsverzerrende Handelspraktiken in einigen Nicht-EU-Ländern beklagt.
- Für Forstprodukte gelten innerhalb der EU einheitliche Zolltarife; mit Ausnahme mancher verarbeiteter Produkte wie z.B. Möbel, sind sie null (Regulation 2658/87, 2015/1754).

Aus der Sicht der Industrie sind vor allem auch folgende holzrelevanten Regelungen von Bedeutung:

- EU Holzverordnung (EU Timber Regulation, EUTR, Verordnungen 995/2010, 607/2012 und 363/2012): Darin sind Verpflichtungen für Unternehmungen festgelegt, die Holz und Holzprodukte zum ersten Mal auf den EU-Markt bringen. Es verbietet das Inverkehrbringen von Holz oder Holzerzeugnissen aus illegalem Einschlag und verpflichtet zur Anwendung einer Sorgfaltspflichtregelung(Due-Diligence-Verpflichtung).
- FLEGT (Forest Law Enforcement, Governance and Trade, Verordnungen 2173/2005 und 1024/2008): Diese zielen auf eine Verringerung des illegalen Holzeinschlags und die Förderung nachhaltiger und gesetzeskonformer Waldbewirtschaftung in Exportländern. Dazu wurde 2003 der FLEGT-Aktionsplan erstellt, um zur Verbesserung der waldbezogenen Governance in diesen Ländern und zur Verringerung der illegalen Holzernte und des damit verbundenen Handels beizutragen, einschließlich der Verhinderung der Einfuhr von illegalem Holz aus FLEGT-Partnerländern in die EU. Dazu dienen bilaterale „freiwillige Partnerschaftsabkommen“ (Voluntary Partnership Agreements, VPAs) mit holzexportierenden Ländern, die sukzessive verabschiedet werden sollen.

Das **Wettbewerbsrecht** (EU competition law)[29] beinhaltet vor allem Bestimmungen zur Vorbeugung von Monopolen oder Betriebsabsprachen (Anti-trust procedures).

Klima- und Energiepolitikinstrumente

Zahlreiche Regelungen, die auf den Klimaschutz abzielen, sind für den Forstsektor direkt von Bedeutung. Während spezifische energiepolitische Bestimmungen – auch zu erneuerbaren Energien – schon weiter zurückreichen, werden diese nun oft in die Klimapolitik integriert. Daher bildet die Klima- und Energiepolitik auf EU-Ebene zunehmend ein übergreifendes Politikfeld. Dies wird mit dem **„Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“** der Kommission (2030 climate and energy framework (EC, 2014), dem europäischen Grünen Deal (**European Green Deal** (EC, 2019b) und dem neuen Kommissionsvorschlag deutlich, der eine Nettoreduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% anzielt (EC, 2020f). Die wichtigsten klimapolitischen Instrumente sind die folgenden:

- Das 2005 eingerichtete **EU-Emissionshandelssystem** (EU Emissions Trading System ETS), wird als ein Eckpfeiler der EU-Politik zur Bekämpfung des Klimawandels angesehen und zielt auf eine kosteneffiziente Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Es zählt zu den weltweit bedeutendsten CO_2-Märkten und ist in der derzeitigen vierten Phase bis 2030 (Directive, 2003/87/EC) gültig. Die nach dem Cap-and-trade-Prinzip ausgegebenen Emissionszertifikate können von den Unternehmen gehandelt werden. Im Rahmen des Systems können auch internatio-

[29] Siehe https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/doing-business-eu/competition-rules_en.

nale Gutschriften genutzt werden, beispielsweise aus dem Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism – CDM) über vermiedene Emissionen in Entwicklungsländern. Das ETS-System wird zurzeit auf Basis des Grünen Deals überarbeitet.

- Um das im Grünen Deal formulierte Ziel der Klimaneutralität der EU bis 2050 in allen Politikbereichen auf sozial gerechte und kosteneffiziente Weise zu erreichen, hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für ein **europäisches Klimagesetz** vorgelegt (European Climate Law (EC., 2020). Damit wird das Klima- und Energiepaket 2020 (2020 climate and energy package, (EC, 2014) deutlich weiterentwickelt und sollen die Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Übereinkommens (Paris Agreement, EC, 2018b, EC, 2019b) umgesetzt werden
- Zur Umsetzung internationaler Verpflichtungen wurde das Ziel der Treibhausgasneutralität aus **Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF)** in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 integriert (Regulation, 2018/841). Damit werden bindende nationale Verpflichtungen festgelegt, einschließlich der Referenzlevels für den Wald (forest reference levels). Wie oben bereits erwähnt, befindet es sicher derzeit in Überarbeitung.

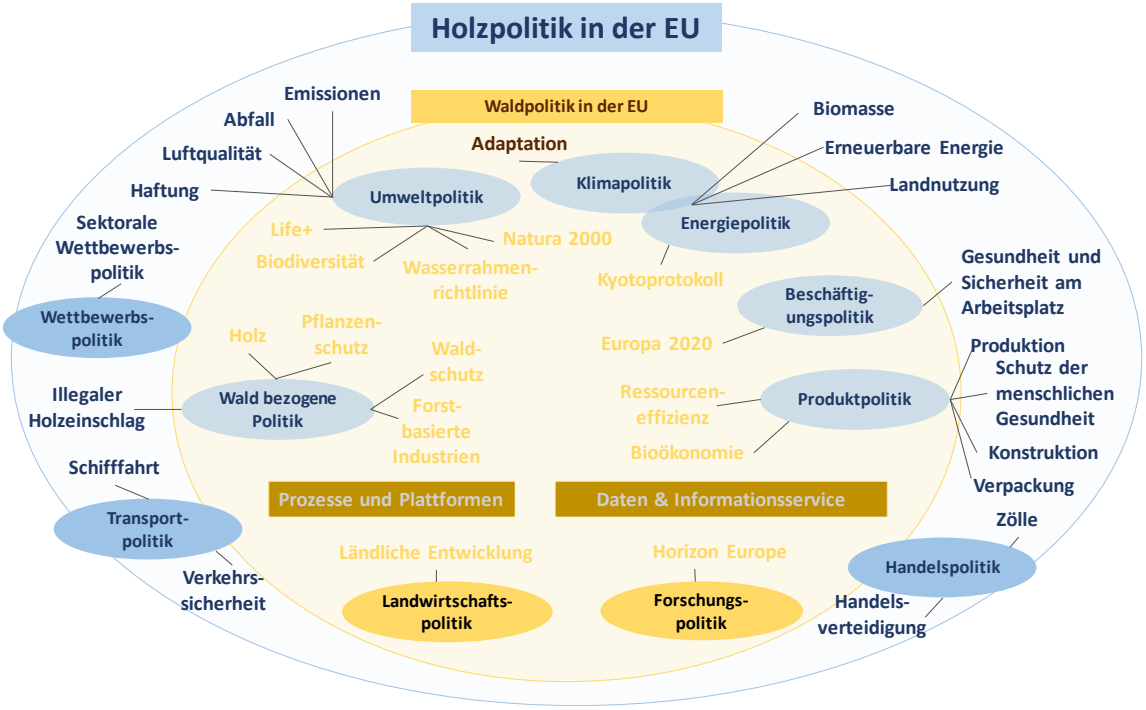
Das EU-Energierecht hat u.a. über seine Auswirkungen auf die Energiepreise für den Forstsektor Bedeutung, sowohl als Anbieter und Bezieher von Energie, es ist aber mit den Zielen für die erneuerbaren Energiequellen speziell für den Biomassemarkt und mit der EU-Gebäuderichtlinie auch für den Holzbau relevant:

- In der **Energie-Effizienz-Richtlinie** (Energy Efficiency Directive (2012/27/EU) wurden verbindliche Maßnahmen zur Energieeffizienz festgelegt, um die 20-20-20 Ziele zu erreichen (20% verbesserte Energieeffizienz, 20% Reduktion von CO2-Emissionen, 20% Erneuerbare bis 2020). 2018 wurde diese Richtlinie mit dem **Paket „Saubere Energie für alle Europäer“** (Clean energy for all Europeans package (EC, 2019a) für 2030 aktualisiert (Directive, 2018/2002, Directive, 2018/844) und die öffentliche Konsultation für eine Überarbeitung wurde gerade abgeschlossen.
- Im damit zusammenhängenden, **vierten Energiepaket** von 2019 sind weitere neue Regelungen enthalten: die **Elektrizitätsrichtlinie** (Electricity Directive (2019/944/EU) und **Verordnung** (Electricity Regulation (2019/943/EU), und **Bestimmungen zur Sicherung der Energieversorgung** (Risk-Preparedness Regulation (2019/941/EU) und die **Zusammenarbeit der nationalen Elektrizitätsregulatoren** (Agency for the Cooperation of Energy Regulators (ACER) Regulation (2019/942/EU).
- Mit dem Grünen Deal wird zur Zeit auch die **Energiebesteuerungsrichtlinie** überarbeitet (Energy Taxation Directive (Council Directive, 2003/96/EC), in der Besteuerungs-Untergrenzen für Energieträger und CO2-Emissionen aus bestimmten Quellen festgelegt sind.
- Die **EU-Vorschriften für erneuerbare Energien** (Renewable Energy (Directive, 2009/28/EC) zielen u.a. auf eine verstärkte Verwendung von Biomasse als alternative Energiequelle, unterstützt durch den unverbindlichen **Biomasse-Aktionsplan** (Biomass Action Plan, (EC, 2005, EC, 2010). Nach der überarbeiteten Richtlinie sollen bis 2030 mindestens 32% des Gesamtenergieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen kommen (Directive, 2018/2001), vermehrt auch im Transportbereich. Nach den Strategien der EU zur **Energiesystemintegration** (Energy system integration strategy) und zu **Wasserstoff** (hydrogen strategy) von 2020 wird die Richtlinie heuer erneut überarbeitet werden.

Um die Klimabelastung von Gebäuden zu verringern, wurde die **Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden** erlassen (**EU**-Gebäuderichtlinie; Energy Performance of Buildings Directive, 2010/31/EU), die 2018 ebenfalls überarbeitet wurde (Directive, 2018/844). Mit den EU-Bemühungen zur energetischen Sanierung des Gebäudebestandes **(„Renovierungswelle“)** wird heuer eine weitere Überarbeitung erwartet (Renovation wave strategy EC, 2020e).

Unterschiedliche Sichtweisen der Forst- und Holzwirtschaft und der Europäischen Kommission

Mit der Darstellung der in der Forststrategie und weiterer aus Sicht der Industrie relevanten Politikbereichen wird deutlich, dass die Europäische Kommission eine eingeschränkte und stärker auf den Wald bezogene Sicht der forstlich relevanten Politiken hat (Abb.1). Um die gesamten forstlich relevanten Wertschöpfungsketten abzubilden, die für traditionelle und neue Sektoren im Rahmen der Bioökonomie bedeutsam sind bzw. an Bedeutung gewinnen sollen, müsste diese Sicht erweitert werden. Diese Politikbereiche umfassen den Energiesektor, Emissionsschutz, Luftgüte, Abfallwirtschaft, Umweltschutz und Umwelthaftung, phytosanitäre Bestimmungen, Straßensicherheit oder Abfalltransport und Entsorgung. Auch weitere die Wirtschaft und Industrie betreffende Materien wie Arbeitssicherheit, Produktsicherheit, Verpackung, Bauwesen oder Außenhandel sind von Bedeutung.



Quelle: Aggestam and Pülzl (2018) übersetzt und angepasst.

Abbildung 1. Sichtweisen der Europäischen Kommission und der Industrie hinsichtlich wesentlicher Politikbereiche für die waldbasierten Wertschöpfungsketten

Gerade die Bestrebungen für eine Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft erfordern die Betrachtung der gesamten Wertschöpfungsketten von der Produktion bis zur Entsorgung. Unter einer Gesamtbetrachtung ist nicht nur die nachhaltige und klimaschonende Produktion der Rohstoffe wie Biomasse, Holz oder Nichtholzprodukte wichtig, sondern auch deren umweltfreundliche Verarbeitung und die Betrachtung der gesamten Nutzungsdauer der Produkte. Die neuen Prioritäten im Grünen Deal kommen dem Rohstoff Holz sehr entgegen, doch werden seine Vorteile gegenüber anderen Sektoren oder Materialien nur dann zum Tragen kommen, wenn sich der Sektor entsprechend dafür einsetzt.

Neue Potentiale und holzbasierte Wertschöpfungsketten in der Bioökonomie

In einer zirkulären Bioökonomie soll in Zukunft in möglichst vielen Anwendungsbereichen der Umstieg auf biobasierte Produkte gelingen. Für den Forst- und Holzsektor ergeben sich dadurch zahlreiche neue Möglichkeiten, die durch intensive Innovationstätigkeit erschlossen werden müssen. Diese Beiträge von holzbasierten Wertschöpfungsketten sind ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung einer klimaschonenden Wirtschaft. Dabei sind traditionelle Einsatzbereiche für Holz (sh Kapitel 5) genauso relevant wie neue Anwendungen. Die (nach EU-Taxonomie) traditionellen Ketten des Forstsektors und der holzverarbeitenden Industrie, Möbel, Papier- und Zellstoff und Druckereigewerbe – werden zunehmend erweitert und **traditionelle Sektorgrenzen verwischen** mit dem Einsatz von biobasierten Produkten in der Textil-, Kunststoff- oder chemischen Industrie.

Von den sich neu entwickelnden Wertschöpfungsketten erscheinen insbesondere **zellulosebasierte Fasern und Kunststoffe** erwähnenswert. Dabei sind zellulosebasierte Fasern nicht nur Kunststoffgeweben, sondern auch Baumwollgeweben gegenüber umweltfreundlicher. Zur Zeit machen sie schon etwa 7 Prozent des Textilmarktes aus, mit steigenden Anteilen (Kallio, 2021). Die **Zellstoffindustrie** (Bsp. Vorreiter Lenzing AG) erfährt dadurch große neue Marktpotentiale (Jia et al., 2020, Kallio, 2021). Zellulosebasierte oder andere Bioplastik-Produkte machen in Europa erst etwa 1 Prozent des riesigen Kunststoffmarktes aus (Bajpai, 2019). Für zellulosebasierte Fasern und Kunststoffe ist die **Richtlinie zur Verringerung der Umweltauswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte** (Directive on the reduction of the impact of certain plastic products on the environment, the “Single Use Plastics Directive”, (Directive, 2019/904) direkt relevant. Damit werden zahlreiche Plastik-Einwegprodukte wie Wattestäbchen, Besteck, Teller oder Strohhalme verboten. In den neuen Richtlinien von 2020 werden zellulose-basierte Produkte allerdings auch als Plastik definiert (da solche in der Natur nicht unbedingt verrotten). Damit steht diese Richtlinie in gewissem Widerspruch zur Bioökonomie-Strategie, die die Entwicklung und Verwendung von Bio-Kunststoffen fördern möchte (EC, 2012, EC, 2018d).

Abschließend muss hier noch erwähnt werden, dass die **Akzeptanz** einer Bioökonomie auch in Österreich von größtem Interesse ist. Die Transformation der Gesellschaft kann nur gelingen, wenn sowohl die AkteurInnen der Forst- und Holzketten (Lehner, 2019) das Potential des Einsatzes von holzbasierten Materialen und Produkten bewusst wählen, als auch die BürgerInnen diesen vielleicht vermehrten Holzeinsatz akzeptieren (Masiero et al., 2020). Dem Interessensausgleich zwischen verschiedenen Ökosystemdienstleistungen des Waldes wird besonders Augenmerk zukommen müssen.

5. Holz im Bauwesen

Im Bausektor besteht ein enormes Potential für den Rohstoff Holz, da Bauen einer der ressourcenintensivsten Wirtschaftsbereiche ist. Holz wird dabei derzeit nur untergeordnet verwendet, wenn auch zu sehr unterschiedlichen Anteilen in den verschiedenen europäischen Ländern.

Die verstärkte Verwendung von Holz im Bau kann wesentlich zu den Klimazielen beitragen. Zur Zeit verursacht der Bausektor über ein Drittel der Kohlenstoff-Emissionen in der EU (UNEP, 2019).[30] Die Produktion von Holz versursacht beträchtlich **weniger CO_2** als etwa Stahl oder Beton. Zugleich **bindet Holz Kohlenstoff** während seines gesamten Produktlebenszeitraums, ein Vorteil, der allerdings bisher in den gängigen Umweltbewertungen nicht berücksichtigt wird. Obwohl am Ende des Nutzungszeitraums der gebundene Kohlenstoff bei Verbrennung wieder in die Atmosphäre entweicht, ist er doch während der Nutzung festgebunden. Dieser Effekt kommt sofort zum Tragen und kann mit Maßnahmen zur Wiederverwendung und Verwertung über die Nutzungsdauer von Gebäuden hinaus verlängert werden.

Holz spielt als erneuerbarer Rohstoff auch eine wichtige Rolle für die Entwicklung einer **Kreislaufwirtschaft**. Der Bausektor verursacht weltweit im Vergleich zu anderen Wirtschaftssektoren die größten Abfallmengen, in der EU etwa ein Drittel aller Abfälle (EUROSTAT, 2020). Bisher wurde im Bausektor wenig an Wiederverwendung oder Wiederverwertung der Abfälle gedacht, sondern primär auf sichere Entsorgung (Osmani and Villoria-Sáez, 2019). Mit Anwendung von Prinzipien des Ökodesigns könnten die Abfälle weitgehend wiederverwertet werden, insbesondere Holz. Derzeit beträgt der Anteil von wiederverwertetem Holz nur etwa 10-15%. Hier besteht einerseits Forschungs- und Innovationsbedarf (Kaufmann and Nerdinger, 2012, Lignatec, 2015, Dangel, 2017) und andererseits der Bedarf nach neuen politischen Maßnahmen (Kaufmann and Nerdinger, 2012, Lignatec, 2015, Dangel, 2017, Ludvig et al., 2021).

Der institutionelle Rahmen für das Bauwesen auf EU-Ebene

Das wichtigste Rechtsinstrument für das Bauwesen bildet die **EU Bauprodukte-Verordnung** (Construction Products Regulation, (CPR Regulation, 305/2011). Sie bestimmt die Voraussetzungen für das Inverkehrbringen von Baustoffen, die damit verbundene Verwendung der CE-Kennzeichnung[31] und Kriterien zur Bewertung der Produkteigenschaften. Hersteller stellen dazu technische Dokumentationen bereit. Die Bestimmung der Produkteigenschaften hinsichtlich Sicherheit, Umwelt und Energie selbst liegen allerdings in der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten.

Die Bauprodukte-Verordnung durchläuft zur Zeit einen umfangreichen Revisionsprozess mit breiter Stakeholder-Einbindung und einer Beurteilung der möglichen Aufgaben der Europäischen Organisation für Technische Bewertung in der Produktezulassung (European Organisation for Technical Assessment – EOTA) (EC, 2019d, EC, 2019c).[32] Die Überarbeitung wird auch im Grünen Deal und einem neuen Kreislaufwirtschafts-Aktionsplan berücksichtigt (Circular Economy Action Plan, (EC, 2020c). Zur Bewertung der Nachhaltigkeit von Baustoffen und von Bauarbeiten ist ein **Umweltbewertungssystem** geplant, es wird eine Strategie für eine nachhaltige gebaute Umwelt erarbeitet (Strategy for a

[30] Siehe https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Greenhouse_gas_emission_statistics_-_carbon_footprints.

[31] Siehe https://europa.eu/youreurope/business/product-requirements/labels-markings/ce-marking/index_en.htm.

[32] Siehe https://www.eota.eu/en-GB/content/home/2/.

Sustainable Built Environment)[33] und es wird eine Überarbeitung der Gebäuderichtlinie folgen. Im Rahmen der erwähnten „Renovierungswelle“ sind spezifische rechtliche, finanzielle und andere unterstützende Maßnahmen zur Forcierung der thermischen Sanierung von Gebäuden vorgesehen (EC, 2020e).

Für den Energieverbrauch von Gebäuden ist neben der Gebäuderichtlinie (Energy Performance of Buildings Directive) auch die **Energie-Effizienz-Richtlinie** relevant (Energy Efficiency Directive, (Directive, 2010/31/EU, and 2012/27/EU). Ausgehend vom erwähnten Paket „Saubere Energie für alle Europäer” (Clean energy for all Europeans package) und als Begleitung für die Gebäuderichtlinie wurden eine Reihe von technischen Berichten und Standards erarbeitet, welche die Bewertungsmethoden für die Energieeffizienz von Gebäuden vorgeben (Gebäude-Energiestandards, energy performance of buildings standards, EPB standards). Für die Erarbeitung dieser Standards ist das Europäische Normungskomitee zuständig (European Committee for Standardisation, CEN).[34]

Ein wichtiges Instrument, um umwelt- bzw. klimafreundliches Bauen voranzutreiben, ist die Priorisierung von **nachhaltigen Lösungen im Rahmen der öffentlichen Beschaffung** (Green Public Procurement (GPP). Der drittgrößte Anteil am öffentlichen Beschaffungswesen fällt auf den Bausektor. Die Möglichkeit bzw. Empfehlung für umweltorientierte öffentliche Ausschreibungen wurde in der freiwilligen Kommunikation der Europäischen Kommission zu „öffentlichen Anschaffungen für eine bessere Umwelt“ eröffnet (Public procurement for a better environment” COM (2008) 400).

Industrielles Normenwesen

Normen dienen einerseits der besseren Vermarktung von Produkten auf globalen Märkten, andererseits der Verbesserung von Produkteigenschaften. Sie schaffen eine Grundlage für die Vergleichbarkeit von Produkteigenschaften, nicht zuletzt für deren umwelt- oder klimabezogenen Eigenschaften.

Normungsinstitute und Prozesse auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene sind ähnlich strukturiert und arbeiten eng koordiniert zusammen. In der „Wiener Vereinbarung“ (Vienna Agreement) wurde 1991 die enge Abstimmung zwischen den wichtigsten Normungsinstitutionen vereinbart, der **International Standards Organisation (ISO)** und des **Comité Européen de Normalisation (CEN)**. Ein Drittel der CEN-Normen sind daher mit ISO-Normen ident. Normungsorganisation sind grundsätzlich private Initiativen der Industrie, obwohl CEN in bestimmten Fällen von der Europäischen Kommission zur Ausarbeitung einer Norm beauftragt werden kann (e.g. EU Directive 305/2011, Art. 28). CEN-Normen können dann auch in nationale Gesetze überführt werden oder direkt Bindungswirkung erlangen. Grundsätzlich sind sie allerdings rechtlich unabhängig entwickelt und freiwillig in der Anwendung, etwa in Kaufverträgen. Sie werden allerdings, etwa von Gerichten, als übliche Praxis angesehen und erhalten darüber allgemeine Verbindlichkeit. Sie sind daher als halböffentliche Normen anzusehen, die als eine Art der „Selbstregulierung“ von wirtschaftlichen AkteurInnen entwickelt werden (Ludvig and Weiss, 2013a, Ludvig and Weiss, 2013b).

Die europäischen Normen im Bauwesen ermöglichen den HerstellerInnen die Produktdeklarationen nach der Bauprodukteverordnung und die Vergabe der CE-Kennzeichnung (Regulation, 305/2011). Derzeit kann man **56 für Holzbauprodukte relevante EU-Normen** finden,[35] die sich auf unterschiedliche Themen beziehen wie verschiedene Prokukteigenschaften oder Testmethoden (codes of practice, e.g., EN 1995-1-1),

[33] Siehe https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/theme-a-european-green-deal/file-strategy-for-a-sustainable-built-environment.

[34] Siehe https://www.cen.eu.

[35] Siehe https://apawood-europe.org/official-guidelines/european-standards/categorisation-of-standards/.

harmonisierte Standards (e.g., EN 13986), Produktstandards (e.g., EN 300), Widerstandsfähigkeit (e.g., EN 335), Test- und Berechnungsmethoden (e.g., EN 310), Feuersicherheitsklassifikationen (e.g., EN 13501-1), etc.

Zum Thema **Nachhaltigkeit** hat das Technische Kommitee TC350 (Technical Committee TC 350 on the Sustainability of construction works) entsprechende Normen erarbeitet. Diese beziehen sich auf Rahmenbestimmungen für die Nachhaltigkeitsbewertung von Gebäuden (EN 15643:2010-11 1, 2, 3), die Bewertung auf Gebäudeebene (EN 15978) und auf Produktebene mit der umweltbezogenen Produktdeklaration (EN 15804). Nach langen und schwierigen Verhandlungen wurde 2018 der internationale **ISO-Standard zur „Carbon Footprint" Bewertung von Produkten** veröffentlicht, der Spezifikationen für die Kohlenstoffbewertung von Produkten enthält (ISO 14067:2018 Greenhouse gases — Carbon footprint of products — Requirements and guidelines for quantification). Diese Norm folgt den ISO-Regeln der Lebenszyklusanalyse (LCA) (ISO 14040 und ISO 14044) und erlangt für die Kohlenstoffbewertung von Bauprodukten Bedeutung. Einer der wesentlichen Vorteile des Holzes - die Bindung von Kohlenstoff – wird in den Normen zur Nachhaltigkeits- und Kohlenstoffbewertung allerdings nicht abgebildet.

Die folgenden **technischen Komitees** sind für das Bauwesen von besonderer Bedeutung:

- CEN/TC 35 Building; woodwork, iron-mongery (dimensions, quality).
- CEN/TC 38 Durability of wood and wood-based products.
- CEN/TC 103 Adhesives for wood and derived timber products.
- CEN/TC 112 Wood-based panels.
- CEN/TC 124 Timber structures.
- CEN/TC 126 Acoustic properties of building elements and of buildings.
- CEN/TC 127 Fire safety in buildings.
- CEN/TC 128 Roof covering products for discontinuous laying and products for wall cladding.
- CEN/TC 142 Woodworking machines – Safety.
- CEN/TC 250 Structural Eurocodes.
- CEN/TC 350 Sustainability of construction works.
- CEN/TC 351 Construction Products - Assessment of release of dangerous substances.
- CEN/TC 351 Dangerous substances).

Insgesamt bestehen noch zahlreiche nationale Regulierungen, Normen oder Zertifizierungen und andere systemische Herausforderungen, welche einheitliche Bewertungen und den internationalen Handel erschweren, und weshalb die Europäische Kommission weiteren **Harmonisierungsbedarf** sieht (EC, 2019c).

Freiwillige Zertifizierungssysteme

Neben den relevanten Rechtsinstrumenten und den CEN- and ISO-Normen gibt es eine Reihe **freiwilliger Initiativen zur Nachhaltigkeitsbewertung von Gebäuden**. Diese bewerten Gebäude auf verschiedene Weise nach ökologischen, ökonomischen und sozialen Kriterien. Solche unabhängigen Zertifizierungssysteme dienen der Bewertung und öffentlichen Kommunikation der Nachhaltigkeit bzw. Umweltfreundlichkeit von Bauprojekten und sollen damit Anreize für verbesserte Umwelteigenschaften im Bauwesen schaffen.

Die wichtigsten **Zertifizierungssysteme** für nachhaltiges Bauen sind das Leadership in Energy and Environmental Design – LEED (USA), Building Research Establishment Environmental Assessment Method – BREEAM (UK), Haut Qualité Environmentale - HQE (FR) und das der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen - DGNB (UN-Habitat, 2017, Hafner, 2013):

- **LEED** (Leadership in Energy and Environmental Design)[36] wurde 1998 vom U.S. Green Building Council (USGBC) entwickelt. Bis

[36] Siehe: www.usgbc.org/LEED

2016 hatten Gebäude in 155 Ländern eine Zertifierung nach LEED.

- **BREEAM** (Building Research Establishment Environmental Assessment Methodology)[37] ist eine 1990 in Großbritannien entwickelte Bewertungsmethode für nachhaltige Gebäude. Bis 2016 waren weltweit in 77 Ländern über 2 Mio Gebäude zur Bewertung registriert, 95% davon sind in Europa.
- Das **HQE™** -Label (High Quality of Environment Certification) [38] besteht auch schon weit über 20 Jahren und es wurden bis 2016 460,000 Projekte zertifiziert. Es ist ein für BauherrInnen, ManagerInnen, NutzerInnen, EntwicklerInnen und InvestorInnen entwickeltes System, das nachweist, dass die Bestrebungen von BauträgerInnen nach nachhaltigen Lösungen erfolgreich war.
- Das **DGNB**-System der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen[39] ist ein 2009 entwickeltes, umfassendes Werkzeug zur Nachhaltigkeitsbewertung verschiedener Arten von Gebäuden und deckt ökonomische, sozio-kulturelle, ökologische und funktionelle Aspekte ab. Bis 2016 gab es etwa 2.000 zertifizierte oder vor-zertifizierte Projekte.

Diese Bewertungssysteme sind marktbasierte, unabhängige Zertifizierungen mit üblicherweise ambitionierten Zielen und umfassender Betrachtungsweise der Lebenszyklen bei lokalen Einbettung in nationale Kontexte. Sie unterscheiden sich allerdings durch teilweise sehr unterschiedliche methodische He rangehensweisen.



[37] Siehe: www.breeam.com
[38] Siehe: www.behqe.com
[39] dgnb.de/en

6. Relevante Institutionen in der EU und Interessenvertretungen

Institutionen der Europäischen Union

Der **Rat der Europäischen Union** (Council of the European Union) ist das zentrale Beschlussfassungsorgan der EU. In ihm sind die Mitgliedsstaaten mit ihren MinisterInnen vertreten. Der Rat tagt in 10 thematischen Formationen. Der Vorsitz im Rat wird von den EU-Mitgliedstaaten im Turnus wahrgenommen und wechselt alle sechs Monate. Zu unterscheiden ist der **Europäische Rat** (European Council), der aus den Regierungsspitzen der 27 Mitgliedsländern und der PräsidentIn des Rats und der Europäischen Kommission besteht. Der Hohe Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik kann ebenfalls an den Gipfeltreffen teilnehmen.

MitgliedsstaatenvertreterInnen aus unterschiedlichen nationalen Ministerien beraten und entscheiden zu wald- und holzrelevanten Themen und Rechtsinstrumenten in den vorbereitenden **Ratsarbeitsgruppen**, die je nach Thema in unterschiedlichen Formationen zusammentreten (sh. auch Abbildung 2). Weitere Gremien und Ratsarbeitsgruppen sind in Annex 9.1 ersichtlich. So treffen sich immer **unterschiedliche nationale VertreterInnen**, um komplexe wald- und holzrelevante Themenstellungen zu besprechen. Das bedeutet aber auch, dass der nationale Koordinierungsbedarf erheblich ist, da nicht immer die gleichen Personen wald- und holzrelevante Themenstellungen verhandeln.

Die **Europäische Kommission** (European Commission) ist die sogenannte Exekutive der EU. Sie hat als alleiniges Organ das Initiativerecht für den Vorschlag von EU Gesetzen und ihr kommen besondere Funktionen zu in der Umsetzung von EU Gesetzen, da ihre Kompetenz im Erlass zu den komplexen Durchführungsbestimmungen benötigt wird. Dazu wurde das sogenannte Komitologieverfahren eingeführt. Außerdem ist die Kommission die Hüterin der Verträge und kann gegebenenfalls ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten beim Europäischen Gerichtshof einleiten, sollten sie gegen EU Recht verstoßen. Die Kommission wird alle fünf Jahre nach der Europawahl neu besetzt und besteht derzeit aus 27 Mitgliedern, eine/r aus jedem Mitgliedsland. Die KommissionspräsidentIn wird vom Europäischen Rat unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses mit qualifizierter Mehrheit bestimmt. Bei der Wahl der jetzigen Präsidentin wurde das Wahlergebnis nicht berücksichtigt, weil sie nicht zur Wahl angetreten war. Das Europäische Parlament stimmt letzten Endes über die ganze Kommission ab. Die 27 Kommissionsmitglieder treten einmal pro Woche im Kollegium (College of Commissioners) zusammen, und fassen Beschlüsse gemeinsam. Diese besitzen zur Unterstützung ihrer Arbeit jeweils ein Kabinett, das in der Regel aus 6-9 politischen Beamten. Die Kommission ist in verschiedene Dienststellen und fachliche Generaldirektionen gegliedert, etwa die Generaldirektion Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (DG AGRI).

Die Arbeit der Kommission mit Bezug zu wald- und holzrelevanten Themenstellungen streckt sich über viele **Generaldirektionen**. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass **Ausschüsse** zum Monitoring und der Begleitung der EU Gesetzgebung eingesetzt werden. Es gibt aber auch Ausnahmen zu dieser Regel (z.B. Ständiger Forstausschuss). Weiters gibt es auch ExpertInnengruppen, die spezifische Themenstellungen bearbeiten und die dem Austausch oder der Beratung der Kommission dienen. Wie schon in den Ratsarbeitsgruppen ist die Koordinierung von Themenstellungen essentiell, um nationale Schwerpunkte hier einbringen zu können bzw. kohärente Politik zu betreiben. Einige Gremien

und Ausschüsse sind in der Abbildung 2 ersichtlich (sh.auch Annex 9.1):

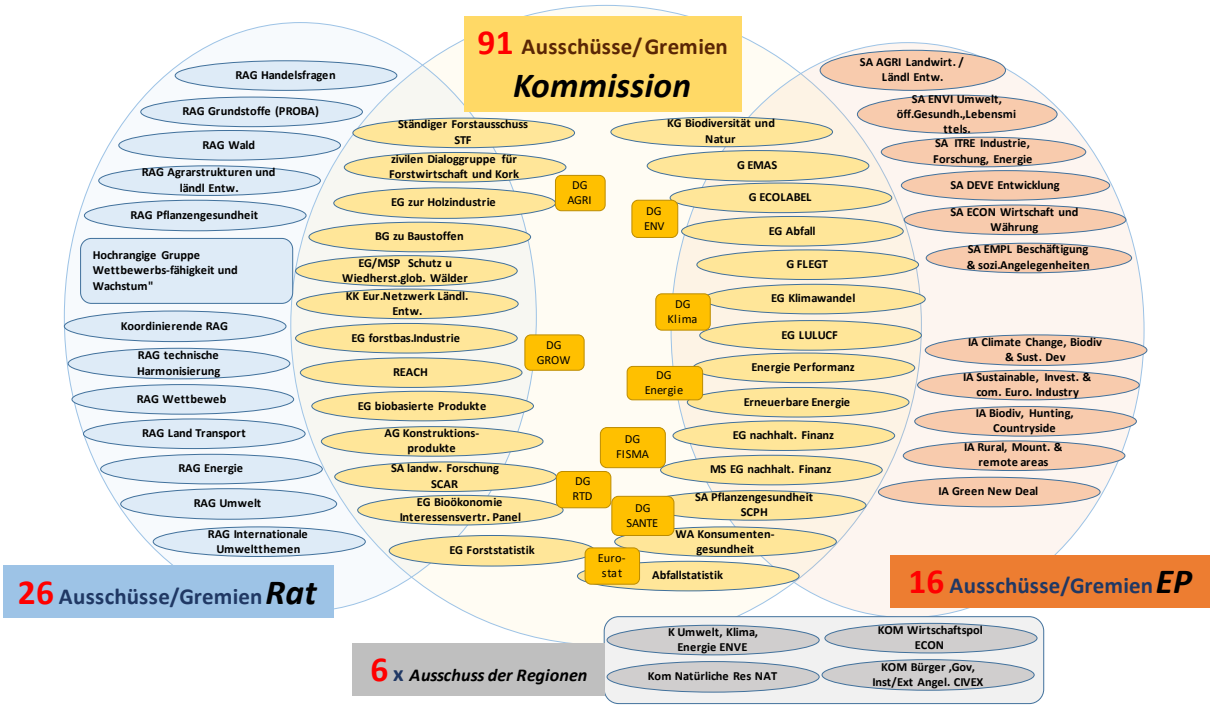


Abbildung 2. Holz- bzw. waldrelevante Gremien der EU für die Mitwirkung von Mitgliedsstaaten und Interessenvertretungen

Das **Europäische Parlament** (European Parliament, EP) ist das einzige direkt gewählte Organ der EU, und zwar alle 5 Jahre. Es besteht derzeit aus 705 Abgeordneten aus den 27 Mitgliedsstaaten. Im Unterschied zu nationalen Parlamenten fehlen die üblichen Regierungs- und Oppositionsparteien. Aus diesem Grund können wechselnde Mehrheiten zu verschiedenen Themenstellungen bilden. Der Parlamentspräsident bzw. die Präsidentin wird alle 2.5 Jahre von den Parlamentsmitgliedern gewählt. Gemeinsam mit dem Rat kann es über die Gesetzesvorschläge abstimmen und den EU Haushalt entscheiden. Sollten Rat und EP uneinig sein über die Annahme von Gesetzesvorschlägen, wird im sogenannten Trialogverfahren (Kommission, EP und Rat sind daran beteiligt) versucht eine Einigung zu erzielen.

Wald- und holzrelevante Themenstellungen werden auch im Europäischen Parlament in verschiedenen **Ständigen Ausschüssen und interfraktionellen Arbeitsgruppen** behandelt. Eine kleine Auswahl ist ebenfalls in Abb. 2 gelistet, während die längere Liste im Annex 9.2 ersichtlich ist:

Hier zeigt sich wie bereits im Rat und der Kommission die fragmentierte Behandlung des Themas und der Koordinationsbedarf schon auf nationaler Ebene.

Industrielle Interessenvertretungen

Interessenvertretungen versuchen formell in den jeweiligen Gremien bzw. informell Einfluss auf die EU-Politik zu nehmen. In diesem Unterkapitel werden einige der für die EU-Politik im Bereich der Forst- und Holzwirtschaft relevanten Interessensvertretungen kurz beschrieben.

Wir fokussieren hier auf die wichtigsten Organisationen in den Sektoren der holzverarbeitenden Industrie, Papier- und Zellstoffindustrie, Möbel, Bau, Energie und Landwirtschaft. Im Annex (9.2) findet sich eine umfangreichere Liste von Interessenvertretungen aus den betreffenden Wirtschaftsbereichen und andere Nichtregierungsorganisationen, etwa aus dem Umweltbereich.

- **Verband der europäischen Papierindustrie** *(Confederation of European Paper Industries, CEPI)*
  CEPI [40] vertritt auf paneuropäischer Ebene die Zellstoff- und Papierindustrie, hat 18 nationale Mitglieder und repräsentiert etwa 495 Unternehmen mit etwa 900 Betrieben der Papier-, Karton- und Zellstoffindustrie und anderen biobasierten Produkten. CEPI ist die wichtigste Vertretung der Papierindustrie in Brüssel und gut mit Personal und Ressourcen ausgestattet.
- **Europäischer Verband der holzverarbeitenden Industrie** *(European Woodworking Industry Confederation, CEI-Bois)*
  CEI-Bois [41] ist die europäische Vertretung der holzverarbeitenden Industrie mit 22 europäischen und nationalen Organisationen aus 16 Ländern und vertritt über 180 000 Betriebe. Verschiedene Arbeitsgruppen befassen sich mit Nachhaltigkeit, gesellschaftlichen Themen, Holzbau, Innovation oder Handelsfragen. CEI-Bois ist der größte Verband der Holzindustrie, da verschiedene weitere europäische Organisationen ebenfalls Mitglied sind, wie z.B. die europäischen Vertretungen des Holzhandels, Palettenerzeuger und Sägeindustrie.
- **Europäische Organisation der Sägeindustrie** *(European Organisation of the Sawmill Industry, EOS)*
  EOS [42] vertritt mit Sitz in Brüssel die Interessen der Sägeindustrie auf EU- und internationaler Ebene. Zahlreiche Produkte sind dabei vertreten, wie Sägeholz, Holzrahmenbau, Leimbinder, Holzböden, Beläge, Zimmerei und andere. EOS repräsentiert etwa 35 000 Betriebe aus 12 Ländern.
- **Europäischer Holzwerkstoffverband** *(European Panel Federation, EPF)*
  EPF [43] vertritt europäische Plattenproduzenten (Span- und Faserplatten, Sperrholz, u.a.) und Zulieferbetriebe. Mitglieder sind Einzelfirmen und nationale Verbände aus 25 Ländern. EPF hat den Sitz in Brüssel, ist u.a. aber auch international aktiv, etwa in der ISO.
- **Verband der Europäischen Möbelindustrie** *(European Furniture Industries Confederation, EFIC)*
  EFIC [44] ist der europäische Verband der Möbelhersteller, wobei Holzmöbel nur einen Teil dieser Sparte darstellt. Dieser Sektor hat etwa 1 Mio. Beschäftigte, wobei die ca. 120000 Betriebe überwiegend Klein- und Mittelbetriebe sind.
- **Die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter** *(European Federation of Building and Woodworkers, EFBWW)*
  EFBWW [45] vertritt sehr umfassend Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Bausektor, der holzverarbeitenden Industrie, Forstwirtschaft und verwandte Sektoren. Dieser Gewerkschaftsverband vereinigt 76 Mitgliedsgewerkschaften mit rund 2.000.000 Mitgliedern in 34 Ländern und ist selbst Mitglied im Europäischen Gewerkschaftsbund (European Trade Union Confederation (ETUC) [46] und arbeitet eng mit der globalen Gewerkschaftsföderation „Bau- und Holzarbeiter Internationale“ (Building and Woodworkers' International, BWI) [47] zusammen.
- **Holzbau Europa** *(Timber Construction Europe)*
  Timber Construction Europe [48] ist ein neu gegründeter europäischer Dachverband des Zimmerer- und Holzbaugewerbes, zurzeit vertreten durch Mitgliederverbände aus Italien, Luxemburg, Deutschland, der Schweiz und Österreich.

[40] Siehe https://www.cepi.org/about-cepi/organisation/.
[41] Siehe https://www.cei-bois.org/.
[42] Siehe https://www.eos-oes.eu/en/index.php.
[43] Siehe https://europanels.org/.
[44] Siehe https://www.efic.eu/.
[45] Siehe https://www.efbww.eu/.
[46] Siehe https://www.etuc.org/en.
[47] Siehe https://www.bwint.org/. ,
[48] Siehe https://www.timber-construction.eu/en

- **Europäischer Dachverband der Bauunternehmen** *(European Construction Industry Federation, FIEC)*
  FIEC[49] vereinigt die europäische Bauindustrie mit 33 nationalen Mitgliedsverbänden aus 29 Ländern. FIEC gliedert sich in drei Abteilungen für ökonomische und rechtliche Belange (u.a. öffentliche Beschaffung), soziale Belange (z.B. Aus- und Weiterbildung oder Arbeitssicherheit) und technische (z.B. zu Normung, Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft oder Innovation). FIEC ist als Sozialpartner im europäischen sektoralen sozialen Dialog vertreten (European Sectoral Social Dialogue "Construction").

Neben diesen Interessensvertretungen gibt es natürlich noch eine größere Anzahl an Interessensvertretungen der WaldbesitzerInnen, der Fasern- und Textilwirtschaft, Gewerkschaften, der Möbelindustrie, des Bauwesens, und der Energiewirtschaft. Daneben gibt es auch eine große Anzahl von Nicht-Regierungsorgansiationen aus dem Umweltbereich (siehe Annex 9.2).

Technologieplattformen und sektorübergreifende Kooperation

Auf Initiative der Europäischen Kommission wurden für die Kommunikation mit den verschiedenen Sektoren zu Forschung und Innovation europäische Technologieplattformen eingerichtet. Sie werden von der Industrie geleitet und haben eine beratende Funktion bei der Umsetzung der EU-Forschungsrahmenprogramme. Von den insgesamt 38 gibt verschiedene Technologieplattformen zu Energie-, und Umwelt- oder Biotechnologie. Davon werden auf Grund ihrer Sektorrelevanz zwei herausgehoben:

- **Forest-based Sector Technology Platform (FTP):** Alle wichtigen forstrelevanten europäischen Interessenvertretungen sind in der FTP[50] vertreten, etwa die Waldeigentümervertretungen und die Industrien. In dieser Kooperation wurden u.a. die zentralen Forschungsthemen für den Sektor definiert und der Kommission mitgeteilt (Strategic Research Agenda).
- **European Construction Technology Platform (ETCP):** Die ECTP[51] wurde im Rahmen des 7. Rahmenprogramms initiiert, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Bereich des Baugewerbes zu stärken. Organisationen der gesamten Wertschöpfungskette der gebauten Umwelt sind in der ECTP vertreten.

Der Holzsektor hat kürzlich auf Initiative der Europäischen Kommission eine **Allianz für das „Neue Europäische Bauhaus“** (Wood Sector Alliance for the New European Bauhaus, Wood4Bauhaus) als offene Plattform gebildet, um die Transformation des Bausektors in eine Kreislaufwirtschaft voranzutreiben. Diese Initiative zielt auf umweltfreundliches Bauen und die Verwendung von natürlichen und innovativen Materialien. Die Allianz besteht aus einigen Dachorganisationen, z.B. InnovaWood, EPF, CEI-Bois, EFBWW und EOS.

[49] Siehe https://www.fiec.eu/.
[50] Siehe https://www.forestplatform.org/.
[51] See http://www.ectp.org/.

7. Wie EU Entscheidungsfindungsprozesse verfolgt und mitgestaltet werden können

In diesem Abschnitt werden EU Entscheidungsprozesse erläutert und deutlich gemacht, wie sich öffentliche Akteure oder Interessenvertretungen bei der Politikgestaltung in der EU einbringen können.

Gesetzgebungsverfahren

Das Gesetzgebungsverfahren in der EU umfasst **mehrere Schritte** und daher ist es möglich, vor, während oder nach jedem Schritt bestimmte Themen einzubringen. Um bestimmte Prioritäten oder Themen im Gesetzgebungsprozess voranzutreiben, ist es wichtig, die Verfahren zu verstehen und zu wissen, wer wann welche Rolle spielt. In der Regel unterbreitet die Kommission Vorschläge für einen Gesetzgebungsakt, während das Europäische Parlament und der Rat (in der Regel) gemeinsam die Gesetzgebungsinitiativen verabschieden. Generell gibt es zwei Arten, auf die mit der Kommission zusammengearbeitet werden kann, nämlich auf der **technischen oder der politischen** Ebene. Die technische Ebene der Generaldirektionen und relevanten federführenden Einheiten sind besonders wichtig, wenn versucht werden soll, Einfluss auf die Entwicklung der Politik zu nehmen, während die politische Ebene (Kommissare und ihre Kabinette) für die Übermittlung übergreifender politischer Botschaften von besonderer Bedeutung ist (Abbildung 3).

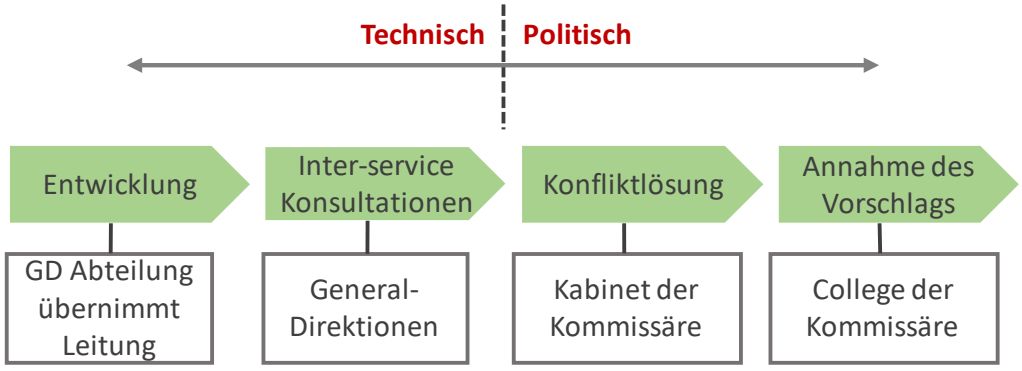


Abbildung 3. Politikentwicklung innerhalb der EU Kommission.

Es gilt zu beachten, dass das Gesetzgebungsverfahren kein schneller Prozess ist. Beispielsweise kann es für Gesetzgebungsinitiativen bis zu zwei Jahre dauern bis sie erfolgreich abgeschlossen werden (Abbildung 4). In der Regel können rechtlich nicht verbindliche Initiativen (z. B. Mitteilungen, Grünbücher und Weißbücher) schneller verabschiedet werden, da die Kommission sich nicht mit dem Rat und dem Parlament abstimmen muss. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass diese Politikstrategien ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung formeller Legislativvorschläge sein können, wie beispielsweise die EU-Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt für 2030 (EC, 2020a) zeigt. Für den forstbasierten Sektor ist festzuhalten, dass die EU-Waldstrategie ein nicht rechtsverbindliches Politikinstrument ist (EC, 1998, EC, 2013).

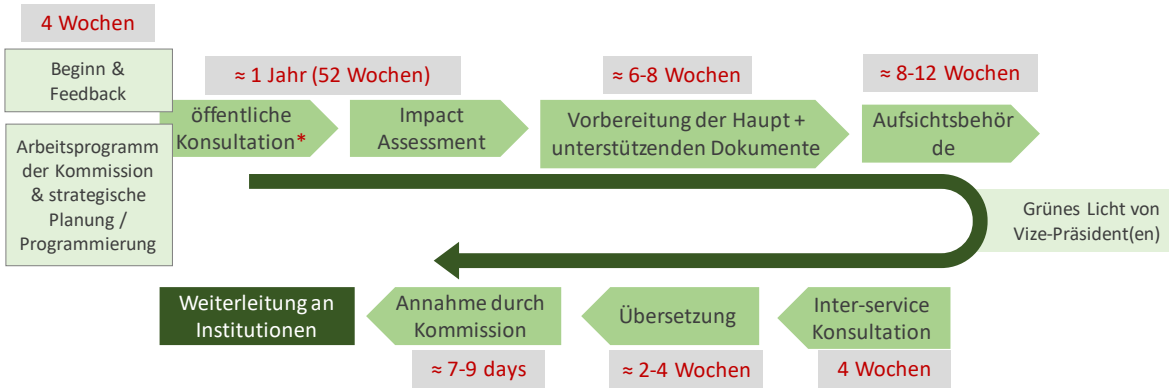


Abbildung 4. Zeitplan für die Politikentwicklung in der Europäischen Kommission.
* Öffentliche Konsultationen sind obligatorisch

Es gibt einige Möglichkeiten, sich am politischen Entscheidungsprozess formell zu beteiligen, z. B. während Konsultationen und über Rückmeldungen zu Roadmaps und Folgenabschätzungen:

Konsultationen (=Beratungen der Kommission)

Die Kommission holt bei der Politikentwicklung (inkl. legislativen Initiativen) häufig die Ansichten von BürgerInnen und Interessengruppen ein. Es ist ein wesentlicher Bestandteil des politischen Entscheidungsprozesses und bietet die Gelegenheit, mit relevanten Kommissionsbeamten in Kontakt zu treten. Eine EU-Konsultation [52] kann verschiedene Formen annehmen. Dies können beispielsweise Ansichten zu einem Grünbuch (=*Diskussionspapier, in dem Optionen dargelegt werden, die zu einer bestimmten Frage in Betracht gezogen werden*), zu einer Folgenabschätzung *(=Dokument, in dem Vor- und Nachteile alternativer politischer Entscheidungen geprüft werden*), zu einer Bewertung oder zu einer Fitnessprüfung (=*z. B. Überprüfung, ob der Rechtsrahmen für einen Politiksektor zweckmäßig ist*) sein. Konsultationen können offene und/oder geschlossene Fragen stellen.

Fahrpläne der Kommission

Die Kommission verwendet sogenannte Fahrpläne (=roadmaps), [53] um den Geltungsbereich neuer Gesetze/ Politiken, die Bewertung bestehender Gesetze oder Politiken oder die Eignungsprüfung bestehender Gesetze und/oder Politiken zu bestimmen. Roadmaps beschreiben das zu lösende Problem und die zu erreichenden Ziele, erläutern, warum EU-Maßnahmen erforderlich sind, skizzieren politische Optionen und beschreiben die Konsultationsstrategie. Wenn eine Folgenabschätzung[53] geplant ist, wird die Roadmap durch eine Folgenabschätzung ersetzt, in der die Beschreibung des Problems, Probleme im Zusammenhang mit der Subsidiarität, die politischen Ziele und Optionen sowie die wahrscheinlichen Auswirkungen jeder Option angeführt sind. Alle Roadmaps enthalten Informationen zu geplanten Konsultationen und erläutern, wann und wie Stakeholder Beiträge leisten können.

Folgenabschätzungen (=Impact Assessments)

Folgenabschätzungen prüfen, ob EU-Maßnahmen erforderlich sind und analysieren die Auswirkungen möglicher Lösungen. Folgenabschätzungen werden während der Vorbereitungsphase durchgeführt (siehe Abbildung 3), bevor die Kommission einen Vorschlag für ein neues Gesetz oder Politik fertigstellt. Die Bewertung liefert Belege zur Information und Unterstützung

[52] Alle offenen und geschlossenen Konsultationen finden sich unter: https://ec.europa.eu/info/consultations_en.

[53] Alle Roadmaps und Folgenabschätzungen finden sich unter: https://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/index_en.htm.

des Entscheidungsprozesses. Alle Initiativen, die wirtschaftliche, ökologische oder soziale Auswirkungen haben können, sollten einer Folgenabschätzung unterzogen werden. Wenn keine Folgenabschätzung geplant ist, erklärt der entsprechende Fahrplan, warum das der Fall ist.

Nachdem es möglich ist, nach der Veröffentlichung Feedback zu Roadmaps und Folgenabschätzungen zu geben, ist es wichtig, auch diese Entwicklungen zu verfolgen. Rückmeldungen können von der Kommission bei der Weiterentwicklung des politischen Vorschlags berücksichtigt werden.

Überblick über Themenstellungen und Wahl des Zeitpunktes

Abbildung 4 zeigt, dass es wichtig ist, den richtigen Zeitpunkt zu finden, wann Änderungen in der Kommission angestrebt werden können. Die Erfolgschancen hängen stark davon ab, den (legislativen und politischen) Prozess zu beobachten und im richtigen Moment zu handeln.

Wichtige Punkte, die berücksichtigt werden müssen, sind die folgenden:

- **Verständnis der politischen Agenda**: z. B. Ankündigungen in der *Rede zur Lage der Union* der KommissionspräsidentIn, Verfolgung der Diskussionen der Kommission und des Europäischen Parlaments über das Arbeitsprogramm der Kommission oder Aufforderung des Parlaments an die Kommission, Prioritäten zu ändern. Beispielsweise hat die Leyen-Kommission zu Beginn ihres Mandats ihre politischen Leitlinien[54] veröffentlicht, in denen eine Agenda und eine Reihe relevanter politischer Prioritäten festgelegt sind.
- **Horizont-Scannen:** Ein vorausschauender Blick und ein frühzeitiges Engagement sind entscheidend, um die Kommissionsdienststellen direkt ansprechen zu können, frühzeitig das politische Denken mitzubestimmen oder auf Roadmaps und öffentliche Konsultationen konkret zu reagieren.
- **Aktive Überwachung der Gesetzgebungsinitiativen**: Verfolgung der laufenden Verfahren, um zu erfahren, welche Legislativvorschläge die Kommission vorschlägt.
- **So früh wie möglich beginnen**: Es ist von zentraler Bedeutung, sich so früh wie möglich an die Kommission, Abgeordnete oder Mitglieder des Europäischen Rates zu wenden, sobald sie mit der Ausarbeitung neuer Themen beginnen (z. B. informelle Kontakte können den Zugang zu Dokumentenentwürfen ermöglichen, bevor sie offiziell verfügbar sind).
- **Beobachtung der Kommission**: Die Kommission wählt bei der Verabschiedung neuer Rechtsakte vielfach die Neufassung anstatt einer Überarbeitung, was es schwierig macht, wesentliche Änderungen im Auge zu behalten.
- **Follow-up während der Umsetzungsphase**, um sicherzustellen, dass relevante Prioritäten auch in der Implementierung berücksichtigt werden.

Wie man den Überblick behält

Allgemeines:

- Der EU-Kalender enthält eine Aufschlüsselung der bevorstehenden Ereignisse und Mitteilungen.[55]
- Das jährliche Arbeitsprogramm der Kommission kann auf der Website der tätigen Kommission abgerufen werden.[56]
- Jede Generaldirektion verfügt über eigene Webseiten, auf denen regelmäßig aktualisiert wird, woran sie arbeiten.[57]
- Die Kommission aktualisiert regelmäßig Ihre Informationen zu Veröffentlichungen oder Termine neuer Initiativen.[58]

Waldspezifische Arbeitsgruppen:

[54] Siehe https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission_en_0.pdf.
[55] Siehe https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/calendar/.
[56] Siehe https://ec.europa.eu/info/strategy-documents_en.
[57] Siehe https://ec.europa.eu/info/departments_en.
[58] Siehe https://ec.europa.eu/info/strategy/decision-making-process_en.

- Ständiger Forstausschuss (Standing Forestry Committee)[59]
- Ratsarbeitsgruppe Forstwirtschaft (Working Party on Forests)[60]
- Zivile Dialoggruppe für Forstwirtschaft und Kork (Civil Dialogue Group on Forestry and Cork)[61]
- Expertengruppe für forstbasierte Industrien und sektorale Themen (Expert Group on Forest-based Industries and Sectorally Related Issues)[62]

Angesichts der fast unüberblickbaren Instrumente und Mitwirkungsmöglichkeiten ist eine Priorisierung der eigenen Aktivitäten und der Abstimmungen mit anderen Akteuren unumgänglich.

Koordination: national, international und mit Interessengruppen

Wie oben mehrfach beschrieben, ist der gegenseitige Informationsaustausch und die Absprache von Positionen **zwischen nationalen Ministerien** oder anderen Behörden sehr wesentlich, um auf EU-Ebene nationale Anliegen wirksam einbringen zu können. Gerade bei Themen mit möglicherweise widerstrebenden Zielen, bietet das die Chance, durchsetzungsfähige Kompromissvorschläge schon vorab auszuarbeiten.

Es ist wichtig, Positionen zu definieren, die weitgehend von den **anderen Mitgliedstaaten** unterstützt werden können und eine klare Vorstellung davon zu haben, was erreicht werden soll. Dabei ist es wichtig, Argumente zu verwenden, für die die Zielgruppe empfänglich sein kann, und die Botschaften so zu formulieren, dass sie zugänglich sind (z. B. wissenschaftliche Fakten und Zahlen sind wichtig, um Argumente zu stützen, insbesondere für die Kommission). Dies kann die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass eine Position berücksichtigt wird. **Strategische Partnerschaften** mit Ländern mit ähnlichen Interessenpositionen können bei der Durchsetzung sehr wichtig sein.

Koordination und guter Informationsaustausch mit relevanten **Interessengruppen aus dem Forst- und Holzsektor** oder anderen relevanten Sektoren und Interessenbereichen sind wichtig, um Informationen über laufende politische Prozesse weiterzugeben, oder diese anzuregen, ihrerseits aktiv zu werden. Die Konsultationsprozesse der Kommission sind nicht auf Regierungen beschränkt und die Kommission ist an den Meinungen und Vorschlägen von Einzelpersonen, Unternehmen und Organisationen interessiert. Zu diesem Zweck gibt es die beschriebenen Beteiligungsprozesse und Beratungsgremien.

Es sollte erwähnt werden, dass für den Wald- und Holzsektor das **Europäische Forstinstitut** (European Forest Institute EFI) eine wichtige Rolle in der Politikberatung auf europäischer Ebene wahrnimmt. Es organisiert regelmäßig Aktivitäten zur Information, Bewusstseinsbildung und Wissensvermittlung für verschiedene Organe der EU, für Medien oder die Öffentlichkeit. Das EFI wird vielfach zu aktuellen forstpolitischen Themen gehört und nimmt auf vielfältige Weise Beratungsfunktionen für EU-Institutionen wahr.

[59] Siehe https://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupDetail&groupID=3550/
[60] Siehe https://www.consilium.europa.eu/en/council-eu/preparatory-bodies/working-party-forestry/.
[61] Siehe https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/key-policies/committees-and-advisory-councils/civil-dialogue-groups/forestry-and-cork_en.
[62] Siehe https://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupDetail&groupID=1356.

Mögliche Aktivitäten:

- **Entwicklung einer koordinierten Position und Roadmap** basierend auf dem EU Politikprozess (z. B. Prioritätenwahl und zeitliche Koordinierung entscheidend).
- Nutzung von etablierten **Netzwerken** auf nationaler Ebene, um nationale Prioritäten kennenzulernen, Akteur/innen auf die Mobilisierung vorzubereiten, Feedback zu geben und Wissen auszutauschen.
- Auf **nationaler Ebene, Koordinierung mit relevanten Ministeriumsbeamten**, die die verschiedenen Ratsarbeitsgruppen und Kommissionsgremien besetzen, um holzrelevante Themenstellungen frühzeitig in den EU Prozess einbringen zu können
- **Einbeziehung und Organisation industrieller Akteure** (z. B. Debatten zum Mittagessen, öffentliche Diskussionen mit VertreterInnen aus den Regionen oder Städten und anderen wichtigen Interessengruppen).
- Verwendung von **Online-Kampagnen** als ergänzendes Kommunikationsmittel.

Organisation von Konferenzen/Workshops, um **Politik-Wissenschaftsaustausch** mit IndustrieverterterInnen, WissenschafterInnen, Umwelt-NGOs, Kommission, EP, Rat und der jeweiligen EU-Präsidentschaft voranzutreiben und alternative Ideen und Lösungsmöglichkeiten kennenzulernen oder zu entwickeln.

Zielpublikum

Es ist wichtig, alle am holzrelevanten Entscheidungsprozess beteiligten AkteurInnen zu identifizieren und eine politische Strategie zu entwickeln, die von deren Position, deren Interessen und deren Entscheidungsbefugnis in Bezug auf den Gesetzgebungsprozess abhängt. Kurz gesagt, das „Ziel“ ist der Schlüssel für jede potenzielle Lobbyarbeit. Zum Beispiel ist es möglich, das Gesetzgebungsverfahren oder die politische Hierarchie (z. B. Kommission, EP, Rat, Ausschüsse und Arbeitsgruppen) ins Visier zu nehmen.

Zu berücksichtigende Elemente sind:

- Es ist wesentlich zu entscheiden, **welche Personen oder Prozesse angesprochen werden** sollen. Dies können beispielsweise Mitglieder des EP, der Kommission oder des Rates sein (z. B. diejenigen, die aktuell die Präsidentschaft innehaben). Ebenso wichtig ist es, die richtigen Personen wie den Berichterstatter, den politischen Koordinator, ständige VertreterIn und MitarbeiterIn im Sekretariat des EP anzusprechen (z. B. für den Zugang zu den richtigen Personen).
- Der **Aufbau von Kontakten** zu anderen Mitgliedstaaten kann dazu beitragen, ihre Positionen und ihre Hauptanliegen zu verstehen und mögliche Verbündete zu identifizieren, mit denen sie zusammenarbeiten können.
- Die Herstellung von Kontakten und der Aufbau von Beziehungen zu den **Ständigen Vertretungen in Brüssel** ist wichtig, sowohl in Bezug auf bestimmte Themenstellungen als auch allgemeiner, da dies Türen öffnen kann. Es kann auch relevant sein, Beziehungen zu den technischen Verhandlungsführern der Präsidentschaft aufzubauen, da diese den Kontakt zum Team der nächsten Präsidentschaft erleichtern können.
- Die Herstellung von Kontakten mit **relevanten nationalen Abgeordneten im EP**, um Bedenken mitzuteilen zu bestimmten Gesetzesmaterien kann sehr wichtig sein. Die Abgeordneten spielen eine doppelte Rolle, da sie die politische Arbeit in den Ausschüssen und im EP sowie die Zusammenarbeit mit ihren nationalen Regierungen gestalten. Es kann auch von Vorteil sein, eine gute Zusammenarbeit mit den AssistentInnen der Abgeordneten sicherzustellen.
- Die **VizepräsidentInnen der Ausschüsse** (z. B. des Ständigen Forstausschusses), können auch eine Schlüsselrolle bei der Koordinierung der einschlägigen Aktivitäten spielen und sind daher relevante Kontaktpersonen.

- Kennenlernen der unterschiedlichen **Interessen der verschiedenen Generaldirektionen** können zum eigenen Vorteil genützt werden, wenn man/frau mit relevanten Personen in Kontakt tritt.

Die Kontaktaufnahme zu **Interessensvertretungen**, die Interessen teilen, kann hilfreich bei der Verteidigung von eigenen Positionen sein.



8. BIBLIOGRAPHIE

AGGESTAM, F. & GIURCA, A. 2021. The art of the "green" deal: Policy pathways for the EU Forest Strategy. *Forest Policy and Economics,* 128**,** 102456.

AGGESTAM, F. & PÜLZL, H. 2018. Coordinating the uncoordinated: the EU Forest Strategy. *Forests,* 9**,** 125, DOI: https://doi.org/10.3390/f9030125.

AGGESTAM, F. & PÜLZL, H. 2020. Downloading Europe: A Regional Comparison in the Uptake of the EU Forest Action Plan. *Sustainability,* 12.

BAJPAI, P. 2019. *Biobased polymers: properties and applications in packaging,* Amsterdam, The Netherlands, Elsevier.

COMMISSION DELEGATED REGULATION 2021/268. Amending Annex IV to Regulation (EU) 2018/841 as regards the forest reference levels to be applied by the Member States for the period 2021-2025. *In:* PARLIAMENT, E. (ed.) *L 60/21.* Brussels: Official Journal of the European Union.

COMMISSION REGULATION 1230/2012. Type-approval requirements for masses and dimensions of motor vehicles and their trailers and amending Directive 2007/46/EC. *L 353/31.* Brussels: Official Journal of the European Union.

COUNCIL CONCLUSION 2020. Perspectives for the EU forest-related policies and EU forest strategy post 2020. *12695/1/20.* Brussels: General Secretariat of the Council.

COUNCIL DIRECTIVE 2003/96/EC. Restructuring the Community framework for the taxation of energy products and electricity. *L 283/51.* Brussels: Official Journal of the European Union.

COUNCIL REGULATION 880/92. Community eco-label award scheme. *No L 99 / 1.* Brussels: Official Journal of the European Communities.

COUNCIL REGULATION 2173/2005. Establishment of a FLEGT licensing scheme for imports of timber into the European Community. *In:* EUROPE, C. O. (ed.) *L 347/1.* Brussels: Official Journal of the European Union.

DANGEL, U. 2017. Turning Point in Timber Construction: a New Economy. Basel, Switzerland: Birkhäuser.

DECISION 529/2013/EU. Accounting rules on greenhouse gas emissions and removals resulting from activities relating to land use, land-use change and forestry and on information concerning actions relating to those activities. *L 165/80.* Official Journal of the European Union: European Parliament and Council.

DIRECTIVE 89/391/EEC. The introduction of measures to encourage improvements in the safety and health of workers at work. *In:* COUNCIL, E. (ed.) *L183/1.* Brussels: Official Journal of the European Union.

DIRECTIVE 91/271/EEC. Urban waste water treatment. *L 135/40.* Brussels: Official Journal of the European Communities.

DIRECTIVE 94/62/EC. Packaging and packaging waste. *L 365/10* Brussels: Official Journal of the European Communities.

DIRECTIVE 96/62/EC. Ambient air quality assessment and management. *In:* COUNCIL, E. (ed.). Brussels: Official Journal of the European Communities.

DIRECTIVE 98/24/EC. Protection of the health and safety of workers from the risks related to chemical agents at work. *L 131/11.* Brussels: Official Journal of the European Communities.

DIRECTIVE 1999/13/EC. Limitation of emissions of volatile organic compounds due to the use of organic solvents in certain activities and installations. *L 85/1.* Brussels: Official Journal of the European Communities.

DIRECTIVE 1999/31/EC. Landfill of waste. *L 182/1.* Brussels: Official Journal of the European Communities.

DIRECTIVE 2001/80/EC. Limitation of emissions of certain pollutants into the air from large combustion plants. *L 309/1.* Brussels: Official Journal of the European Communities.

DIRECTIVE 2002/7/EC. Laying down for certain road vehicles circulating within the Community the maximum authorised dimensions in national and international traffic and the maximum authorised weights in international

traffic. *L 67/47.* Brussels: Official Journal of the European Communities.

DIRECTIVE 2003/87/EC. Establishing a scheme for greenhouse gas emission allowance trading within the Community and amending Council Directive 96/61/EC. *In:* COUNCIL, E. P. A. (ed.) *2003L0087.* Brussles: Official Journal of the European Union.

DIRECTIVE 2004/35/EC. Environmental liability with regard to the prevention and remedying of environmental damage. *L 143/56.* Brussels: Official Journal of the European Union

DIRECTIVE 2004/37/EC. Protection of workers from the risks related to exposure to carcinogens or mutagens at work *L 158/50.* Brussels: Official Journal of the European Union.

DIRECTIVE 2008/1/EC. Integrated pollution prevention and control. *In:* PARLIAMENT, E. (ed.) *L 24/8.* Brussels: Official Journal of the European Union.

DIRECTIVE 2008/50/EC. Ambient air quality and cleaner air for Europe Official Journal of the European Communities: European Council.

DIRECTIVE 2008/98/EC. On waste and repealing certain Directives. Official Journal of the European Communities: European Council.

DIRECTIVE 2009/28/EC. Promotion of the use of energy from renewable sources and amending and subsequently repealing Directives 2001/77/EC and 2003/30/EC. *L 140/17.* Official Journal of the European Union: European Parliament abd Council.

DIRECTIVE 2009/30/EC. Specification of petrol, diesel and gas-oil and introducing a mechanism to monitor and reduce greenhouse gas emissions. *In:* COUNCIL, E. P. A. O. T. (ed.). Brussels: Official Journal of the European Union.

DIRECTIVE 2010/31/EU. Energy performance of buildings. *L 153/13.* Brussels: Official Journal of the European Union.

DIRECTIVE 2010/75/EU. Industrial emissions (integrated pollution prevention and control). Official Journal of the European Communities: European Council.

DIRECTIVE 2012/27/EU. Energy efficiency. *In:* COUNCIL, E. P. A. O. T. (ed.). Brussels: Official Journal of the European Union.

DIRECTIVE 2012/33/EU. Sulphur content of marine fuels. *In:* COUNCIL, E. P. A. (ed.) *L 327/1.* Brussels: Official Journal of the European Union.

DIRECTIVE 2015/719. Laying down for certain road vehicles circulating within the Community the maximum authorised dimensions in national and international traffic and the maximum authorised weights in international traffic. *In:* COUNCIL, E. P. A. O. T. (ed.) *L 115/1.* Brussels: Official Journal of the European Union.

DIRECTIVE 2016/802. Reduction in the sulphur content of certain liquid fuels. *L 132/58* Brussels: Official Journal of the European Union

DIRECTIVE 2018/844. Amending Directive 2010/31/EU on the energy performance of buildings and Directive 2012/27/EU on energy efficiency. *L 156/75.* Brussels: Official Journal of the European Union.

DIRECTIVE 2018/2001. Promotion of the use of energy from renewable sources. *L 328/82* Brussels: Official Journal of the European Union

DIRECTIVE 2018/2002. Energy efficiency. *In:* PARLIAMENT, E. (ed.) *L 328/210* Brussels: Official Journal of the European Union.

DIRECTIVE 2019/904. Reduction of the impact of certain plastic products on the environment. *In:* PARLIAMENT, E. (ed.) *L 155/1.* Brussels: Official Journal of the European Union.

EC 1998. A forestry strategy for the European Union. *COM 1998/649 final.* Brussels: European Commission.

EC 2003. Forest Law Enforcement, Governance and Trade (FLEGT) - Proposal for an EU Action Plan. *COM (2003) 251 final.* Brussels: European Commission.

EC 2005. Biomass Action Plan. *COM(2005) 628 final.* Brussels: European Commission.

EC 2006. EU Forest Action Plan. *COM(2006) 302 final.* Brussels: European Commission.

EC 2010. Sustainability requirements for the use of solid and gaseous biomass sources in electricity, heating and cooling *In:* COMMISSION, E. (ed.) *COM(2010)11 final.* Brussels.

EC 2012. Innovating for Sustainable Growth: A Bioeconomy for Europe. *COM(2012) 60 final* Brussels: European Commission.

EC 2013. A new EU Forest Strategy: for forests and the forest-based sector. *COM(2013) 659 final.* Brussels: European Commisson.

EC 2014. A policy framework for climate and energy in the period from 2020 to 2030. *COM(2014) 015 final.* Brussels: European Commission.

EC 2015. Multi-annual Implementation Plan of the new EU Forest Strategy. *SWD(2015) 164.* Brussels: European Commission.

EC 2018a. Bioeconomy: the European way to use our natural resources Action plan 2018. Brussels: European Commission.

EC 2018b. A Clean Planet for all: A European strategic long-term vision for a prosperous, modern, competitive and climate neutral economy. *COM(2018) 773 final.* Brussels: European Commission.

EC 2018c. Progress in the implementation of the EU Forest Strategy 'A new EU Forest Strategy: for forests and the forest sector'. *COM(2018) 811 final.* Brussels: European Commission.

EC 2018d. A sustainable Bioeconomy for Europe: Strengthening the connection between economy, society and the environment. *COM(2018) 673 final.* Brussels: European Commission.

EC 2019a. *Clean energy for all Europeans,* Luxembourg, Publications Office of the European Union.

EC 2019b. The European Green Deal. *COM(2019) 640 final.* Brussels: European Commission.

EC 2019c. Evaluation of Regulation (EU) No 305/2011 of the European Parliament and of the Council of 9 March 2011 laying down harmonised conditions for the marketing of construction products and repealing Council Directive 89/106/EEC. *SWD(2019) 1770 final.* Brussels: European Commission.

EC 2019d. Report from the Commission to the European Parliament and the Council on the outcome of the evaluation of the relevance of the tasks set out in Article 31(4) that receive Union financing pursuant to Article 34(2) of Regulation (EU) No 305/2011 *COM(2019) 800 final.* Brussels: European Commission.

EC 2020a. EU Biodiversity Strategy for 2030: Bringing nature back into our lives. *COM(2020) 380 final.* Brussels: European Commission.

EC 2020b. A new Circular Economy Action Plan: For a cleaner and more competitive Europe. *COM(2020) 98 final*.

EC 2020c. A new Circular Economy Action Plan: For a cleaner and more competitive Europe. *COM(2020) 98 final.* Brussels: European Commission.

EC 2020d. A New Industrial Strategy for Europe. *COM(2020) 102 final.* Brussels: European Commission.

EC 2020e. A Renovation Wave for Europe - greening our buildings, creating jobs, improving lives. *COM(2020) 662 final.* Brussels: European Commission.

EC 2020f. Stepping up Europe's 2030 climate ambition Investing in a climate-neutral future for the benefit of our people. *COM(2020) 562 final.* Brussels: European Commission.

EC 2021a. Forging a climate-resilient Europe - the new EU Strategy on Adaptation to Climate Change. *COM(2021) 82 final.* Brussels: European Commission.

EC 2021b. Updating the 2020 New Industrial Strategy: Building a stronger Single Market for Europe's recovery. *COM(2021) 350 final.* Brussels: European Commission.

EC. 2020. Proposal for a regulation establishing the framework for achieving climate neutrality and amending Regulation (EU) 2018/1999 (European Climate Law). *COM/2020/80 final.* Brussels: European Commission.

EDWARDS, P. & KLEINSCHMIT, D. 2013. Towards a European Forest Policy: conflicting goals. *Forest Policy and Economics,* 33**,** 87-91.

EUROSTAT 2020. Waste statistics. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Waste_statistics#:~:text=In%20the%20EU%2D27%2C%20construction,and%20energy%20(3.5%20%25). European Commision.

HAFNER, A. 2013. Voluntary building certification. *In:* KUITTINEN, M., LUDVIG, A. & WEISS, G. (eds.) *Wood in Carbon Efficient Construction. Tools, methods and applications.* Brussels: CEI-Bois.

HUMPHREYS, D. 2015. Negotiating the future under the shadow of the past: the eleventh session of the United Nations Forum on Forests and the 2015 renewal of the international arrangement on forests. *International Forestry Review,* 17**,** 385-399.

JIA, F., YIN, S., CHEN, L. & CHEN, X. 2020. The circular economy in the textile and apparel industry: A systematic literature review. *Journal of Cleaner Production,* 259**,** 120728.

KALLIO, A. M. I. 2021. Wood-based textile fibre market as part of the global forest-based bioeconomy. *Forest Policy and Economics,* 123**,** 102364.

KAUFMANN, H. & NERDINGER, W. 2012. Building with Timber, Paths into the Future. New York, USA: Prestel.

LAZDINIS, M., ANGELSTAM, P. & LAZDINIS, I. 2009. Governing Forests of the European Union: Institutional Framework for Interest Representation at the European Community Level. *Environmental Policy and Governance,* 19**,** 44–56.

LAZDINIS, M., ANGELSTAM, P. & PÜLZL, H. 2019. Towards sustainable forest management in the European Union through polycentric forest governance and an integrated landscape approach. *Landscape Ecology,* 34**,** 1737-1749.

LEHNER, L. 2019. Empirische Analyse der Wahrnehmung von Bioökonomie im österreichischen Forst- und Holzsektor. *Diplomarbeit.* Wien: Universität für Bodenkultur.

LIER, M., KÖHL, M., KORHONEN, K. T., LINSER, S. & PRINS, K. 2021. Forest relevant targets in EU policy instruments - can progress be measured by the pan-European criteria and indicators for sustainable forest management? *Forest Policy and Economics,* 128**,** 102481.

LIGNATEC 2015. Climate-Friendly and Energy-Efficient Construction with Wood: Basic Information and Implementation. Zurich, Switzerland: Lignum.

LINSER, S., WOLFSLEHNER, B., BRIDGE, R. J. S., GRITTEN, D., JOHNSON, S., PAYN, T., PRINS, K., RAŠI, R. & ROBERTSON, G. 2018. 25 Years of Criteria and Indicators for Sustainable Forest Management: How Intergovernmental C&I Processes Have Made a Difference. *Forests,* 9.

LUDVIG, A., BRAUN, M., HESSER, F., RANACHER, L., FRITZ, D., GSCHWANTNER, T., JANDL, R., KINDERMANN, G., LEDERMANN, T., PÖLZ, W., SCHADAUER, K., SCHMID, B. F., SCHMID, C., SCHWARZBAUER, P., WEISS, G., WOLFSLEHNER, B. & WEISS, P. 2021. Comparing policy options for carbon efficiency in the wood value chain: Evidence from Austria. *Journal of Cleaner Production,* 292**,** 125985.

LUDVIG, A. & WEISS, G. 2013a. Governing carbon efficiency. The international regime of standards in wooden construction. *Osterreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft,* 42**,** 329-342.

LUDVIG, A. & WEISS, G. 2013b. Standards, Norms and Organisations for the Building Sector. *In:* KUITTINEN, M., LUDVIG, A. & WEISS, G. (eds.) *Wood in Carbon Efficient Construction. Tools, methods and applications.* Brussels: CEI-Bois.

MASIERO, M., SECCO, L., PETTENELLA, D., DA RE, R., BERNÖ, H., CARREIRA, A., DOBROVOLSKY, A., GIERTLIEOVA, B., GIURCA, A., HOLMGREN, S., MARK-HERBERT, C., NAVRÁTILOVÁ, L., PÜLZL, H., RANACHER, L., SALVALAGGIO, A., SERGENT, A., SOPANEN, J., STELZER, C., STETTER, T., VALSTA, L., VÝBOŠŤOK, J. & WALLIN, I. 2020. Bioeconomy perception by future stakeholders: Hearing from European forestry students. *Ambio,* 49**,** 1925-1942.

MAYER, P. 2000. Hot Spot: Forest Policy in Europe: achievements of the MCPFE and challenges ahead. *Forest Policy and Economics,* 1**,** 177-185.

OSMANI, M. & VILLORIA-SÁEZ, P. 2019. Chapter 19 - Current and Emerging Construction Waste Management Status, Trends and Approaches. *In:* LETCHER, T. M. & VALLERO, D. A. (eds.) *Waste (Second Edition).* Academic Press.

PELLI, P., AGGESTAM, F., WEISS, G., INHAIZER, H., KEENLEYSIDE, C., GANTIOLER, S., BOGLIO, D. & POLÁKOVÁ, J. 2012. Ex-post Evaluation of the EU Forest Action Plan.

http://ec.europa.eu/agriculture/evaluation/market-and-income-reports/forest-action-plan-2012_en.htm.

PÜLZL, H. 2010. *Die Politik des Waldes [The politics of forests],* Vienna, Böhlau.

PÜLZL, H. & DOMINGUEZ, G. 2013. Interrelations of Actors and Organisations in the European Union and pan-Europe with regards to Forest Policy-Making *In:* PÜLZL, H., HOGL, K., KLEINSCHMIT, D., WYDRA, D., ARTS, B., MAYER, P., PALAHI, M., WINKEL, G. & WOLFSLEHNER, B. (eds.) *European Forest Governance: Issues at Stake and the Way Forward.* What Science Can Tell Us 2: European Forest Institute.

PÜLZL, H., HOGL, K., KLEINSCHMIT, D., WYDRA, D., ARTS, B., MAYER, P., PALAHI, M., WINKEL, G. & WOLFSLEHNER, B. 2013. European Forest Governance: Issues at Stake and the Way Forward. What Science Can Tell Us 2. European Forest Institute. https://www.efi.int/publications-bank.

PÜLZL, H. & MAYER, P. 2015. Assessment of the achievements and added value of the Forest Europe Process. *Final Report.* Vienna: BFW.

PÜLZL, H., WYDRA, D. & HOGL, K. 2018. Piecemeal Integration: Explaining and Understanding 60 Years of European Union Forest Policy-Making. *Forests,* 9**,** 719.

REGULATION 305/2011. Laying down harmonised conditions for the marketing of construction products *In:* COUNCIL, E. P. A. O. T. (ed.). Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 528/2012 Making available on the market and use of biocidal products (BPR) *In:* COUNCIL, E. P. A. O. T. (ed.). Brussels: Official Journal of the European Communities.

REGULATION 660/2014. Amending Regulation (EC) No 1013/2006 on shipments of waste. *In:* COUNCIL, E. P. A. (ed.) *L189/135.* Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 661/2009. Type-approval requirements for the general safety of motor vehicles, their trailers and systems, components and separate technical units intended therefor. *L 200/1.* Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 995/2010. Laying down the obligations of operators who place timber and timber products on the market. *OJ L 295.* Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 1013/2006. Shipments of waste *In:* COUNCIL, E. P. A. (ed.). Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 1272/2008. Classification, labelling and packaging of substances and mixtures (CLP Regulation). *In:* COUNCIL, E. P. A. O. T. (ed.). Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 1305/2013. Support for rural development by the European Agricultural Fund for Rural Development (EAFRD) and repealing Council Regulation (EC) No 1698/2005. *L 347/487.* Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 1306/2013. Financing, management and monitoring of the common agricultural policy and repealing Council Regulations (EEC) No 352/78, (EC) No 165/94, (EC) No 2799/98, (EC) No 814/2000, (EC) No 1290/2005 and (EC) No 485/2008. *L 347/549.* Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 1307/2013. Establishing rules for direct payments to farmers under support schemes within the framework of the common agricultural policy and repealing Council Regulation (EC) No 637/2008 and Council Regulation (EC) No 73/2009. *L 347/608.* Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 1308/2013. Establishing a common organisation of the markets in agricultural products and repealing Council Regulations (EEC) No 922/72, (EEC) No 234/79, (EC) No 1037/2001 and (EC) No 1234/2007. *L 347/671.* Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 1907/2006. Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals (REACH). *In:* COUNCIL, E. P. A. O. T. (ed.). Brussels: Official Journal of the European Communities.

REGULATION 1935/2004. Materials and articles intended to come into contact with food. *In:* COUNCIL, E. P. A. O. T. (ed.). Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 2015/757. Monitoring, reporting and verification of carbon dioxide emissions from maritime transport, and amending Directive 2009/16/EC. *L 123/55* Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 2018/841. Inclusion of greenhouse gas emissions and removals from land use, land use change and forestry in the 2030 climate and energy framework, and amending Regulation (EU) No 525/2013 and Decision No 529/2013/EU. *L 156/1.* Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 2019/1381. Transparency and sustainability of the EU risk assessment in the food chain and amending Regulations (EC) No 178/2002, (EC) No 1829/2003, (EC) No 1831/2003, (EC) No 2065/2003, (EC) No 1935/2004, (EC) No 1331/2008, (EC) No 1107/2009, (EU) 2015/2283 and Directive 2001/18/EC. *In:* PARLIAMENT, E. (ed.) *L 231/1.* Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 2020/852. Establishment of a framework to facilitate sustainable investment, and amending Regulation (EU) 2019/208. *L 198/13.* Brussels: Official Journal of the European Union.

REGULATION 2020/2220. Laying down certain transitional provisions for support from the European Agricultural Fund for Rural Development (EAFRD) and from the European Agricultural Guarantee Fund (EAGF) in the years 2021 and 2022 *In:* PARLIAMENT, E. (ed.) *L 437/1* Brussels: Official Journal of the European Union.

RESOLUTION 2020. On the European Forest Strategy - The Way Forward. *P9_TA(2020)0257.* Brussels: European Parliament.

RIVERA LEÓN, L., BOUGAS, K., AGGESTAM, F., PÜLZL, H., ZOBOLI, E., RAVET, J., GRINIECE, E., VERMEER, J., MAROULIS, N., ETTWEIN, F., VAN BRUSSELENM J. & GREEN, T. 2016. An assessment of the cumulative cost impact of specified EU legislation and policies on the EU forest-based industries. Brussels: DG GROW.

UN-HABITAT 2017. BUILDING SUSTAINABILITY ASSESS-MENT AND BENCHMARKING - AN INTRODUCTION. United Nations Settlements Programme (UN-Habitat).

UNEP 2019. 2019 global status report for buildings and construction: Towards a zero-emission, efficient and resilient buildings and construction sector.: Global Alliance for Buildings and Construction, International Energy Agency and the United Nations Environment Programme

WOLFSLEHNER, B., AGGESTAM, F., PULZL, H., HENDRIKS, K., LINDNER, M., SOTIROV, M., KULIKOVA, E., SECCO, L., LOVRIC, M., NABUURS, G.-J., HURMEKOSKI, E., PETTENELLA, D., ARETS, E., BAULENAS SERRA, E., BOZZANO, M., DERKS, J., GATTO, P., LINSER, S., MASIERO, M., MAVSAR, R. & GIESSEN, L. 2019. Study on progress in implementing the EU Forest Strategy. Final report. Luxembourg: Publications Office of the European Union. DOI:10.2762/160685.

WOLFSLEHNER, B., PÜLZL, H., KLEINSCHMIT, D., AGGESTAM, F., WINKEL, G., CANDEL, J., ECKERBERG, K., FEINDT, P., MCDERMOTT, C., SECCO, L., SOTIROV, M., LACKNER, M. & LAZYA ROUX, J. 2020. European forest governance post-2020. *From Science to Policy 10.* Joensuu, Finland: European Forest Institute. https://doi.org/10.36333/fs10

9. ANNEX

9.1. Wald- und holzrelevante Ausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen der EU

Europäische Kommission

DG AGRI Agriculture and Rural Development

1. Standing Forestry Committee (SFC)
2. Civil Dialogue Group on Forestry and Cork
3. Civil Dialogue Group on Rural Development
4. Civil Dialogue Group on Environment and Climate Change
5. Coordination committee - European Network for Rural Development[63]

Alle landwirtschaftlichen zivile Dialoggroups sind hier einsehbar.

DG CLIMA Climate Action

6. Expert group on climate change policy
7. Expert group on Land Use, Land Use Change and Forestry (LULUCF)
8. European Climate Policy Group

DG INTPA International Partnerships

9. Climate Change and Development Expert Group
10. Ad Hoc Expert Group for Forest Law Enforcement, Governance and Trade

DG ENER Energy

11. Energy Performance of Buildings Committee
12. Committee on Renewable Energy Sources
13. Committee on Ecodesign and Energy Labelling of Energy–related Products
14. Committee on Renewable Energy Sources
15. Ecodesign and Energy Labelling Consultation Forum
16. Expert group on the Energy Performance of Building Directive
17. Expert group on renewable fuels
18. Expert group on Energy Labelling Administrative Cooperation
19. Group of Experts on the Energy Efficiency Directive
20. Expert group on Energy Labelling
21. Smart Grids Task Force

DG FISMA Financial Stability, Financial Services and Capital Markets Union

22. High-Level Expert Group on Sustainable Finance
23. Technical expert group on sustainable finance
24. Member States expert group on sustainable finance
25. Platform on Sustainable Finance

DG GROW Internal Market, Industry, Entrepreneurship and SMEs

26. Committee for the adaptation to technical progress of legislation on the removal of technical barriers to trade in agricultural and forestry tractors
27. Committee established under the Regulation concerning the Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals (REACH) (Joint responsibility with DG ENV)
28. Industrial Forum
29. Expert Group for Bio-based Products
30. Commission Expert Group on Personal Protective Equipment
31. Advisory Group on Construction Products
32. Expert Group on Forest-based Industries and Sectorally Related Issues
33. Raw Materials Supply Group
34. Commission Expert Group on Textile Names and Labelling
35. European Innovation Partnership on Raw Materials64
36. European Circular Economy Stakeholder Platform65

DG RTD Research and Innovation

37. Standing Committee for Agricultural Research (SCAR)66
38. EU Bioeconomy Stakeholders Panel

[63] Siehe: https://enrd.ec.europa.eu/
[64] Siehe: https://ec.europa.eu/growth/sectors/raw-materials/eip_en
[65] Siehe: https://circulareconomy.europa.eu/platform/.
[66] Siehe: https://scar-europe.org/

39. Support to Circular Economy Financing Expert Group
40. Commission expert group: Mission Board for climate-neutral and smart cities
41. Commission expert group: Mission Board for adaptation to climate change including societal transformation
42. High Level Group of EU Member States and Associated Countries on Materials
43. European Bioeconomy Policy Forum

DG SANTE Health and Food Safety

44. Standing Committee on Plants, Animals, Food and Feed (several sections)
45. Standing Committee for Community protection of plant variety rights
46. Standing Committee on Biocidal Products
47. Standing Committee on plant health (SCPH)
48. Standing Committee on seeds and propagating material for agriculture, horticulture and forestry (SCS)
49. Scientific committee on consumer safety
50. Advisory Group on the Food Chain and Animal and Plant Health
51. Plant Health
52. Expert group for Sanitary and Phytosanitary relations with Third Countries
53. Technical expert group for food contact materials
54. Competent Authorities for Biocidal Products (Regulation (EU) No 528/2012)
55. Legislation on Seeds and Plant Propagating Material

DG ENV Environment

56. Coordination Group on Biodiversity and Nature + Subgroup Forests and Nature
57. Committee for the adaptation to technical progress and application of the Community award scheme for an eco-label (ECO-LABEL)
58. Committee on the Community eco-management and audit scheme (EMAS)
59. Forest Law Enforcement Governance and Trade (FLEGT) Committee
60. Industrial Emissions Directive (IED) Article 75 Committee
61. Regulatory Committee on the implementation of the European PRTR
62. Committee for application of the regulation authorizing voluntary participation by undertakings in the industrial sector in a Community Eco-Management and Audit Scheme (EMAS)
63. Committee for the adaptation to scientific and technical progress and implementation of Directive 2008/98/EC on waste
64. Committee for the adaptation to scientific and technical progress and implementation of the directive on urban waste water treatment
65. Committee on invasive alien species
66. Scientific Forum on Invasive Alien Species
67. Commission Environmental Impact Assessment/Strategic Environmental Assessment National Experts Group
68. Competent Authorities for Registration, Evaluation, Authorisation and restriction of Chemicals (REACH) and Classification, Labelling and Packaging (CLP)
69. Commission's Expert Group on Sustainable Consumption and Production
70. Expert Group on the exchange of information on Best Available Techniques related to industrial emissions (IED Article 13 Forum)
71. Expert Group on Waste
72. Expert group on Resource efficiency
73. European Union Eco-labelling Board
74. Environmental Compliance and Governance Forum
75. European Pollutant Release and Transfer Register Expert Group
76. Government Experts Group on Environmental Liability (ELD Government Experts Group)
77. Commission Expert Group on Forest Fires
78. Commission Expert Group/Multi-Stakeholder Platform on Protecting and Restoring the World's Forests, including the EU Timber Regulation and the FLEGT Regulation

Eurostat

79. European Statistical System Committee (ESS Committee)
80. Standing Committee for Agricultural Statistics (SCAS)
81. Sustainable development indicators Working Group
82. Agricultural accounts and prices
83. Expert group on Forestry statistics
84. Expert group on monetary environmental statistics and accounts

85. Expert group on waste statistics
86. Expert group on environmental accounts
87. Expert group - Land Cover and Land Use Statistics
88. WG Energy Statistics
89. Directors' group on agricultural statistics (DGAS)
90. Regional, Urban and Rural Development Statistics
91. Agro-environmental statistics

Das Register für alle Expertengruppen der Kommission und andere ähnliche Stellen finden Sie hier. Alle Ausschüsse finden Sie hier.

Europäisches Parlament

Ständige Ausschüsse

1. Agriculture and Rural Development (AGRI)
2. Environment, Public Health and Food Safety (ENVI)
3. Industry, Research and Energy (ITRE)
4. Development (DEVE)
5. Economic and Monetary Affairs (ECON)
6. Employment and Social Affairs (EMPL)
7. Internal Market and Consumer Protection (IMCO)
8. International Trade (INTA)
9. Regional Development (REGI)
10. Transport and Tourism (TRAN)
11. Culture and Education (CULT)

Interfraktionelle Intergruppen

12. Green New deal
13. Climate change, biodiversity and sustainable development
14. Biodiversity, hunting, countryside
15. Sustainable, Long-term investments & Competitive European Industry
16. Rural, Mountainous and remote areas (RUMRA) and smart villages

Die **Konferenz der Ausschussvorsitzenden** ist das politische Gremium, das die Arbeit der Ausschüsse koordiniert und die reibungslose Zusammenarbeit zwischen ihnen gewährleistet. Es besteht aus den Vorsitzenden aller ständigen und besonderen Ausschüsse.

Alle ständigen Ausschüsse sind zu finden hier.

Alle EP-Intergruppen finden Sie hier.

Rat der Europäischen Union

Ausschüsse

1. Permanent Representatives Committees
2. Economic and Financial Committee
3. Trade Policy Committee
4. Special Committee on Agriculture (SCA)
5. Economic Policy Committee

Vorbereitende Ratsarbeitsgruppen[67]

6. Working Party on Trade Questions
7. High Level Group on Agriculture
8. Working Party on Agricultural Structures and Rural Development
9. Working Party on Forestry
10. Working Party on Agricultural Questions
11. Working Party on Commodities (PROBA)
12. Working Party of Chief Plant Health Officers
13. Working Party on Plant Health
14. Coordination Working Party (contributions to FAO, OECD, …)
15. High Level Working Group on Competitiveness and Growth
16. European Research Area and Innovation Committee (ERAC)
17. Working Party on Competitiveness and Growth
18. Working Party on Public Procurement
19. Working Party on Technical Harmonisation
20. Working Party on Competition
21. Working Party on Research
22. Working Party on Land Transport
23. Working Party on Energy
24. Working Party on the Environment
25. Working Party on International Environment Issues
26. Ad hoc Working Group on ILUC

Die komplette Liste der vorbereitenden Arbeitsgruppen kann unter diesem Link gefunden werden.

[67] Die Information kann hier gefunden werden: https://www.consilium.europa.eu/en/council-eu/preparatory-bodies/

Committe of the Regions[68]

Kommissionen

1. Commission for the Environment, Climate change and Energy (ENVE)
2. Commission for Natural Resources (NAT)
3. Commission for Citizenship, Governance, Institutional and External affairs (CIVEX)
4. Commission for Territorial Cohesion Policy and the EU Budget (COTER)
5. Commission for Economic Policy (ECON)
6. Commission for Social Policy, Education, Employment, Research and Culture (SEDEC)

9.2. Liste der Interessengruppen, Forschungsrelevante Organisationen und andere

Interessensvertretungen der ForstbesitzerInnen

- Nationale *Waldbesitzerorganisationen (gibt es in nahezu allen EU Mitgliedsstaaten)*:
  - Portuguese Forest Owners Association,
  - Association of Forest Owners from Basque Country,
  - Confederation of Spanish Forest Owners
  - Association of Municipal and Private Forest Owners in the Czech Republic
  - Federation of Swedish Forest Owners Associations
  - … etc.
- Confederation of European Private Forest Owners (CEPF)
- European Federation of Municipal Forest Owners (FECOF)
- Central Union of Agricultural Producers and Forest Owners (MTK)
- European Landowners Organization (ELO)
- European Network of Forestry Entrepreneur (ENFE)
- Union of Foresters of Southern Europe (USSE)
- Young People in European Forests (YPEF)
- Nordic Family Forestry
- European State Forest Association (EUSTAFOR)
- Union of European Foresters (UEF)
- Committee of Professional Agricultural Organisations and General Confederation of Agricultural Co-operatives in the European Union (COPA-COGECA)
- European Federation of Municipal and Local Community Forests (FECOF)
- International Family Forestry Alliance (IFFA)
- European Forest Nursery Association (EFNA)

Interessensvertretungen Papier, Zellstoff und Verpackung

- Confederation of European Paper Industries (CEPI)
- Federation of the National Associations of Pulp Sellers in Western Europe (EUROPULP)
- Alliance for Beverage Cartons and the Environment (ACE)
- European Federation for Print and Digital Communication (INTERGRAF)
- International Confederation of Paper and Board Converters in Europe (CITPA)

Interessensvertretungen der holzverarbeitenden Industrie

- European Confederation of woodworking industries (Cei-Bois),
- European Organisation of the Sawmill Industry (EOS),
- European Panel Federation (EPF)
- European Federation of Wooden Pallet and Packaging Manufacturers (FEFPEB)
- European Wood Preservative Manufacturers Group (EWPM)
- European Institute for Wood Preservation (WEI)
- European Timber Trade Federation (ETTF)
- European Organisation of Agricultural, Rural and Forestry Contractors (CEETTAR)
- Timber Construction Europe

Gewerkschaften

- *Nationale Gewerkschaften (in allen EU Mitgliedsstaaten):*
  - Austrian Trade Union Federation

[68] Die Informationen kann hier gefunden werden: https://cor.europa.eu/en

- Estonian Private Forest Union
- Swedish Forest Industries Federation
- Swedish Forest and Wood Trade Union
- Forestry Commission Trade Unions
- … etc.

- European trade union institute (ETUI)
- European trade union confederation (ETUC)
- Timber Trade Federation

Interessensvertretungen der Möbelindustrie

- European Furniture Industries Confederation (EFIC)
- European Furniture Manufacturers Federation (UEA)

Interessensvertretungen des Bauwesens

- European Construction Technology Platform (ECTP)
- Architects' Council of Europe (ACE)
- European construction industry federation (FIEC)
- Building and woodworkers' international (BWI)
- European Federation of Building and Woodworkers (EFBWW)

Interessensvertretungen der Fasern – und Textilienwirtschaft

- European Man-Made Fibres Association (CIRFS)
- EDANA (nonwovens and related industries)
- European Apparel and Textile Confederation (EURATEX)
- Bio-based Industries Consortium (BIC)

Interessensvertretungen der Energiewirtschaft

- European Biofuels Technology Platform (EBTP)
- European Sustainable Biofuels Forum (ESBF)
- European Biomass Association (AEBIOM)
- European Biomass Industry Association (EUBIA)
- European Renewable Energy Council (EREC)
- Association of European Renewable Energy (EUREC)
- European Forum for Renewable Energy Sources (EUFORES)
- Energy Efficient Buildings Association (E2BA)
- European Biogas Association (EBA)

Umweltrelevante Nicht-Regierungsorganisationen

- Forests and the European Union Resource Network (FERN)
- Birdlife
- European Forum on Nature Conservation and Pastoralism
- Friends of Earth
- Greenpeace
- World Wildlife Foundation (WWF)
- Wild Europe
- ClientEarth
- Environmental Investigation Agency
- Forests Monitor
- Forest Peoples Programme
- Global Witness

Zertifizierungen und Standardisierungen

- Forest Stewardship Council (FSC)
- Programme for the Endorsement of Forest Certification (PEFC)
- EU Ecolabel[69]
- International Organization for Standardization (ISO)
- European Committee for Standardization (CEN)
- European Standardisation Organisations (ESO)
- European Committee for Electrotechnical Standardization (CENELEC)

Liste der nationalen Standardisierungsagenturen: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=uriserv:OJ.C_.2020.104.01.0003.01.ENG

Regionale und internationale Gremien und Organisationen

- UNECE Committee on Forests
- FAO European Forestry Commission
- Advisory Committee on Sustainable Forest-based Industries (FAO statutory body)

[69] Siehe https://ec.europa.eu/environment/ecolabel/.

- United Nations Forum on Forests (UNFF)
- Forest Europe
- European Forest Institute (EFI)
- International Union of Forest Research Organizations (IUFRO)
- International Union for Conservation of Nature (IUCN)
- International Tropical Timber Organization (ITTO)
- *Secretariats*:
  - Alpine Convention
  - Carpathian Convention
  - Convention on Biological Diversity

Forschungsrelevante Organisationen

- European Forest Institute (EFI)
- National Council for Forest Research and Development (CONFORD)
- Forest-based Sector Technology Platform (FTP)
- International Union of Forest Research Organizations (IUFRO)
- Center for International Forestry Research (CIFOR)
- Finnish Forest Research Institute (METLA)
- Joint Research Centre (JRC)

Andere

- European Consumer Organisation (BEUC)
- European Bioeconomy Alliance (EUBA)

Herausgegeben von:

EFI European Forest Policy Network

InFER –Institut für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik der

Universität für Bodenkultur Wien (BOKU)

Feistmantelstraße 4, A-1180 Wien, Österreich

Verantwortlich für den Inhalt: Weiss, G., F. Aggestam, A. Ludvig, und H. Pülzl.

Mit freundlicher Unterstützung durch Harald Mauser bei der Zusammenstellung der Gremien und Ausschüsse.

Alle Bilder: Pexels.com, lizenzfrei.

Graphiken: wie angegeben.

Die Serie Waldpolitik Blickwinkel wird vom österreichischen Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus gefördert.





